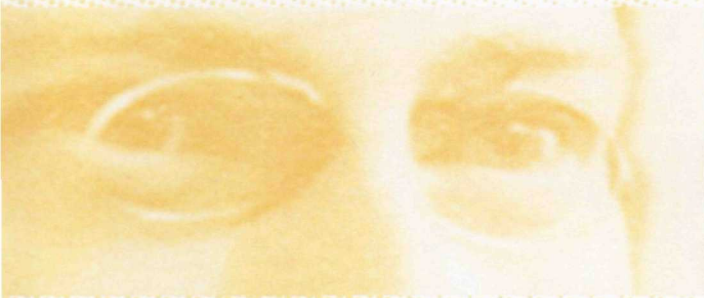


*De Gasperi*



## DER JUNGE DE GASPERI

Alcide De Gasperi  
als Mitglied  
des österreichischen  
Abgeordnetenhauses

**DER JUNGE DE GASPERI**

**ALCIDE DE GASPERI ALS MITGLIED  
DES ÖSTERREICHISCHEN ABGEORDNETENHAUSES**

**Ausstellung im österreichischen Parlament  
aus Anlass des 50. Todestages  
von Alcide De Gasperi**

**Wien 2004**



## Geleitwort

Im Erinnerungshorizont der Österreicherinnen und Österreicher ist Aleide De Gasperi vor allem durch das sogenannte Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 gegenwärtig. Ursprünglich heftig umstritten, wurde es zur völkerrechtlichen Grundlage der Autonomie Südtirols und der Schutzrolle Österreichs für seine Minderheit in Italien. Wer mit der italienischen Politik vertraut ist, denkt an De Gasperi als den am längsten amtierenden italienischen Ministerpräsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg und Chefarchitekten der italienischen Christdemokratie. Wem die europäische Integration am Herzen liegt, der sieht Aleide De Gasperi als einen ihrer „Gründerväter“. Nur wenige aber verbinden Aleide De Gasperis politisches Wirken mit dem altösterreichischen Parlamentarismus - nur wenigen ist bewusst, dass Aleide De Gasperi in den Jahren 1911 bis 1918 dem Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates angehört hat.

Die politische Tätigkeit des jungen Aleide De Gasperi in ihrem historischen Zusammenhang steht daher im Mittelpunkt der Sonderausstellung, die aus Anlass des 50. Todestages von Aleide De Gasperi im österreichischen Parlament gezeigt wird. Dieser Jahrestag ist natürlich insbesondere in Italien zum Anknüpfungspunkt für zahlreiche Veranstaltungen genommen worden. Die zur Betreuung seines Nachlasses berufene Fondazione Aleide De Gasperi hat eine große Ausstellung gestaltet, die sein gesamtes Leben umfassend dokumentiert; allein schon aus diesem Grund steht bei der die Ausstellung im österreichischen Parlament ein spezieller und wenig bekannter Aspekt von De Gasperis Wirken im Mittelpunkt: sein - auch in der historischen Forschung noch nicht vollständig aufgearbeiteter - österreichischer Lebensabschnitt und seine Tätigkeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses.

In diesem Viel-Völker-Parlament waren damals Politiker wie Karl Renner, Thomas G. Masaryk, Ignacy Daszynski oder Anton Korosec tätig, die nach dem Zerfall der

Österreichisch-ungarischen Monarchie in deren Nachfolgestaaten eine führende politische Rolle gespielt haben. Die Ausstellung beleuchtet das Umfeld von Aleide De\* Gasperis politischer Bildung und damit auch den Hintergrund, vor welchem De Gasperi zu jenem großen Europäer werden konnte, als der er in die Geschichte eingegangen ist.

Besonders freue ich mich darüber, dass ich die Ausstellung gemeinsam mit dem Präsidenten der italienischen Camera dei Deputati, meinem Freund Pier Ferdinando Casini, eröffnen kann. In diesem Umstand sehe ich einen Ausdruck des in Österreich wie in Italien lebendigen Bewusstseins, dass unsere beiden Länder nicht nur durch ihre vielfältig verflochtene Geschichte, sondern vor allem durch das gedeihliche Zusammenleben im gemeinsamen europäischen Haus verbunden sind, in einem Europa, in dem Staatsgrenzen immer mehr an Bedeutung verlieren.

Der Ausstellung wünsche ich ebenso wie dem sie begleitenden Katalog viel Aufmerksamkeit. Wenn sie zum Nachdenken über die Herausforderungen anregt, denen sich Politik in multinationalem Kontext gestellt sieht, dann hat sie ihr Ziel nicht verfehlt.

Wien, im September 2004

Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol  
Präsident des Nationalrates

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Der junge Aleide De Gasperi als Abgeordneter im „Vielvölkerparlament“</b>	<b>7</b>
1. Loyalitäten	7
2. Die Italiener im „Vielvölkerstaat“	11
3. Das multiethnische Parlament	20
<b>Katalogteil</b>	<b>33</b>
Tafel 1 - Aleide De Gasperis intellektuelle Entwicklung	33
Tafel 2 - Aleide De Gasperis Weg in die Politik	37
Tafel 3 - Das Abgeordnetenhaus des Reichsrates in der XXI. und XXII. Session - Wahl und Zusammensetzung	41
Tafel 4 - Das Abgeordnetenhaus des Reichsrates in der XXI. und XXII. Session - Leitfiguren	47
Tafel 5 - Die italienischen Reichsratsabgeordneten	53
Tafel 6 - Aleide De Gasperis Tätigkeit im Abgeordnetenhaus der XXI. Session	57
Tafel 7 - Aleide De Gasperis Tätigkeit im Abgeordnetenhaus der XXII. Session	63
Tafel 8 - Aleide De Gasperi und die Trentiner Kriegsflüchtlinge	67
Tafel 9 - Aleide De Gasperi und das Ende der Österreichisch-ungarischen Monarchie	73
Tafel 10 - Aleide De Gasperis weiterer Lebensweg	77



## **DER JUNGE ALCIDE DE GASPERI ALS ABGEORDNETER IM „VIELVÖLKERPARLAMENT“**

1. Loyalitäten
2. Die Italiener im „Vielvölkerstaat“
3. Das multiethnische Parlament
  - 3.1 Der multiethnische Staat
  - 3.2 Die Vertretung der Nationalitäten im Abgeordnetenhaus
  - 3.3 Die Nationalitäten- bzw. Sprachenfrage in der parlamentarischen Verfahrensordnung
  - 3.4 Das Abgeordnetenhaus und das „Nationalitätenproblem“

### **1. Loyalitäten**

„Ein führender Reichsratsabgeordneter, den ich sehr hochschätzte - er war ein österreichischer Italiener -,“ erzählt Friedrich Funder, der langjährige Herausgeber der „Reichspost“, in seinen Erinnerungen, habe ihn eines Abends, es muss dem Kontext nach gegen Ende des Jahres 1914 gewesen sein, besucht, um ihn nach dem Wahrheitsgehalt der Gerüchte zu befragen, die Regierung sei bereit, das Trentino - Funder spricht durchgängig von „Südtirol“, aus dem Kontext und dem Sprachgebrauch ergibt sich aber, dass der italienischsprachige Teil des alten Tirol, also das Trentino, gemeint ist - nach Kriegsende an das Königreich Italien abzutreten. Und offenkundig um deutlich zu machen, wie schwer vorstellbar ihm eine solche Absicht wäre, führt der Abgeordnete Funder gegenüber aus:

„Die Lage ist doch so: 95 Prozent der italienischen Bevölkerung Südtirols neigen zufolge ihrer natürlichen Interessen zu Österreich, zu dem sie durch Jahrhunderte gehört haben. Sehen Sie doch: Unsere Lehrer, die unserem Volke ja doch viel zu sagen haben; sie, die aus österreichischen Schulen kommen, wissen, sie werden an ihren Schulen nicht bleiben, wenn Italien Südtirol erhält, sondern werden durch Reichsitaliener ersetzt werden. Unsere Bürgermeister haben keine Lust, die Gemeindeautonomie, die sie in Österreich besitzen, gegen die Rolle zu vertauschen,



die ein Gemeindeoberhaupt in Italien hat. Und von unseren Pfarrern werden Sie nicht annehmen wollen, dass sie bisher nach Italien strebende Irredentisten waren, nach Italien, das immer noch im Konflikt mit dem Vatikan ist. Und die große Masse unseres Volkes, unsere Wein- und Obstbauern, die in Italien für ihren Markt wenig Hoffnungen haben und mit all ihren wirtschaftlichen Interessen an Österreich gebunden sind? Was habt ihr mit diesen Menschen vor?"

Freundschaft und Redlichkeit verboten es Funder, seinem Gesprächspartner die ihm aufgrund seiner engen Kontakte zu Regierungskreisen bekannte Wahrheit - welche die Regierung den Parlamentariern nicht zu offenbaren bereit war - vorzuenthalten: dass nämlich tatsächlich mit Italien (und dem Druck ausübenden deutschen Bündnispartner) Verhandlungen geführt wurden, in deren Verlauf der Ballhausplatz der italienischen Interpretation des in Art. VII des Dreibundvertrages verankerten Kompensationsrechts immer weiter entgegenkam, um schließlich am 27. März 1915 formell die Bereitschaft zur Abtretung des Trentino als Gegenleistung für die Beibehaltung einer wohlwollenden Neutralität Italiens bis Kriegsende zu erklären.

Aus Funders Erinnerungen wird die Enttäuschung seines Gesprächspartners über die ihm gemachte Eröffnung spürbar, wird zugleich spürbar, dass diese Eröffnung über die mangelnde Loyalität der Regierung ihren italienischsprachigen Staatsbürgern gegenüber, diese an die Kabinettpolitik des 18. oder noch frühen 19. Jahrhunderts gemahnende Haltung, auch seine Loyalität dieser Regierung und dem von ihr gelenkten Staat gegenüber untergraben musste. Funders Bericht schließt mit den folgenden Worten über den Abschied seines Gastes: „Ich wußte, in seinem Namen hatten von uns redliche Menschen Abschied genommen.“

Friedrich Funders Gesprächspartner war niemand anderer als Aleide De Gasperi; das wurde bereits den Lesern seiner Erinnerungen aus dem Kontext unzweideutig klar. Und natürlich fanden sich auch damals, gegen und nach Ende von De Gasperis Leben, politische Gegner, die ihm, gestützt auf seine von Funder wiedergegebenen Äußerungen, mangelnde Loyalität zum hehren Ideal der Vereinigung aller Italiener in einem Staat, mangelnden Irredentismus vorwarfen, so wie es schon die Faschisten in den 1920er Jahren aufgrund seiner Äußerungen im Abgeordnetenhaus des Reichsrates und aufgrund seiner publizistischen Tätigkeit im alten Österreich getan hatten.

So sah sich Friedrich Funder veranlasst, nach De Gasperis Tod einerseits zwar zu bestätigen, dass es sich bei dem namentlich zuvor nicht genannten Reichsratsabgeordneten um De Gasperi gehandelt habe, andererseits aber in

mehreren Briefen an italienische Persönlichkeiten, insbesondere an De Gasperis vormaligen Sekretär und langjährigen Bewahrer seines politischen Andenkens, Giulio Andreotti, an den Direktor des „Osservatore Romano“, Giuseppe Conte Dalla Torre di Sanguinetto, sowie an den österreichischen Botschafter in Rom, Johannes Schwarzenberg, zu betonen, dass Gegenstand des wiedergegebenen Gesprächs nicht die persönliche Einstellung De Gasperis zur Frage einer Zession des Trentino an Italien gewesen sei. De Gasperi habe vielmehr seine Einschätzung der Haltung der Mehrheit der Trentiner Bevölkerung dargelegt. De Gasperis persönliche Haltung charakterisiert Funder mit folgenden Worten:

„Wir wissen, dass der grosse verstorbene Staatsmann seine sittliche Haltung nach religiösen Prinzipien eingerichtet hat. Er hat auch genugsam bewiesen, dass er aus dem loyalen Österreicher, der er als Christ sein musste, ein vorbildlicher Bürger Italiens geworden ist. Mit Recht verlangt das heutige Italien von den Bürgern seiner deutschen Minorität Loyalität gegenüber dem Staate, dem sie angehören. So wird es auch seinem grossen Sohne nicht als Vorwurf anrechnen, dass er dem Staate, in dem seine Wiege stand, ein loyaler Bürger war, bis er Bürger des italienischen Staates werden und diesem mit bewunderungswürdiger Leistung dienen konnte.“

Dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist: lässt sich Aleide De Gasperis Haltung zum alten Österreich darauf reduzieren? Sich dem Staat loyal einzufügen, in den einen der Herrgott gesetzt hat, auch wenn man einen anderen bevorzugte? Außer Zweifel steht, dass dem politischen Katholizismus, dem sich De Gasperi von früher Jugend an verpflichtet fühlte, politische Inhalte der Solidarität mit den Menschen und der Subsidiarität für die Menschen wichtiger sein mussten als die Frage, welcher Staat den Rahmen für diese solidarische und subsidiäre Politik vorgab. Ebenso zweifelsfrei steht jedoch fest, dass auch ein der Soziallehre der Kirche verpflichteter Politiker am Beginn des 20 Jahrhunderts in Mitteleuropa für sich auf jene Frage eine Antwort finden musste, die lauter als alle anderen politischen Fragen gestellt wurde: die „nationale Frage“! Die Frage also, ob es anzustreben - und möglich! - wäre, jeder ethnischen Gruppe (oder zumindest jeder, die groß genug war, sich durchzusetzen) den Weg zu einem Leben in einem eigenen Staat, einem „Nationalstaat“, freizumachen - oder ob das multiethnische Staatsgebilde, das in der Österreichisch-ungarischen Monarchie über viele Jahrhunderte organisch herangewachsen war, seinen vielen Volksgruppen bessere Lebenschancen zu eröffnen vermochte.

Wie De Gasperis parlamentarische und publizistische Äußerungen belegen, hat er sich in seinem österreichischen Lebensabschnitt sehr viel und sehr eingehend mit

dieser Frage beschäftigt - nicht in einem systematisch-analytischen, sondern in einem pragmatisch-konkreten Zugang. Wir finden bei De Gasperi nicht den großen Entwurf zur Lösung des „Nationalitätenproblems“ wie bei Karl Renner oder bei Ignaz Seipel - es scheint plausibel anzunehmen, dass er das intellektuelle Potential in sich getragen hätte, in mittleren Jahren zu einem solchen Entwurf zu gelangen -, wir finden beim jungen De Gasperi sehr konkrete Vorschläge und Forderungen zur Verbesserung der Stellung der italienischen Volksgruppe im alten Österreich, insbesondere im Trentino. Aussagen, die sich einreihen in die Positionspapiere seiner Partei, deren Stimme er kraft seiner journalistischen Begabung immer mehr wurde, der Italienischen Volkspartei, und die sich sehr deutlich unterschieden von jenen der politischen Konkurrenz, insbesondere den alten Nationalliberalen, die sich immer noch als Gralshüter des Risorgimento verstanden und nicht zögerten, ihre irredentistische Einstellung sehr offen einzubekennen, was angesichts der großzügigen Haltung der Behörden (in Friedenszeiten) weitgehend gefahrlos möglich war.

Dass De Gasperis konkrete politische Positionen auf Gewährleistung einer Autonomie des Trentino - oder auf eine Verbesserung der in vieler Hinsicht faktisch ohnedies bestehenden Autonomie - abzielten, ist somit als bewusste Abgrenzung vom Irredentismus politischer Konkurrenten zu verstehen; der „wahre Irredentismus“ der Italiener in Österreich, wie ihn De Gasperi in einem programmatischen Artikel im Jahre 1908 definierte, war ihre Erlösung im Hinblick auf die österreichische Verfassung, ihre Erlösung zur Autonomie - dies war „positives Nationalbewusstsein“, wie es De Gasperi verstand. Für die Volkspartei war das Königreich Italien ohnedies als Hort des Liberalismus und der Freimaurerei verdächtig, und Politik im christlichen Sinn schien im vertrauten Umfeld des alten Österreich eher möglich. Dass De Gasperi ebenso wie sein großer Förderer, der Fürstbischof von Trient Celestino Endrici, oder die intellektuelle Leitfigur der Volkspartei, Monsignore Guido de Gentili, gleichzeitig in glühender Begeisterung der italienischen Sprache und Kultur anhing, konnte davon umso leichter unberührt bleiben, als der kulturelle Austausch über die Grenzen zum Regno keiner Behinderung unterlag. Wenn ein Endrici dennoch irredentistische Propaganda in seiner Diözese zumindest zuließ, ja bis zu einem gewissen Grad sogar förderte, dann war dies Ausdruck jener inneren Spannung zwischen religiöser und nationaler Idee, der auch er sich nicht entziehen konnte.

Der italienische Außenminister Sidney Sonnino charakterisiert Aleide De Gasperi in seiner Tagebuchnotiz anlässlich seines Gesprächs mit ihm am 16. März 1915 knapp und präzise: „E cattolico, di sentimenti italiani.“ In erster Linie katholisch, dann von italienischer Gesinnung. Wie weit diese italienische Gesinnung damals, nach dem

Gespräch mit Funder, bereits Ausdruck einer Loyalitätsverschiebung war, muss dahingestellt bleiben, aus den publizistischen Äußerungen, die De Gasperi damals, allerdings bereits unter dem Damoklesschwert der Kriegszensur, noch abgab, wäre sie nicht abzuleiten.

Schwerer dürften die persönlichen Verdächtigungen gewogen haben, denen sich De Gasperi seitens der Kriegsparanoiker im Armeeoberkommando und in der Innsbrucker Statthalterei ab dem Kriegseintritt Italiens ausgesetzt sah: Wie Endrici und Gentili wurde er als „Irredentisf denunziert, von der Heimat ferngehalten und schließlich sogar vorübergehend konfiniert, damit aber geradezu zwangsläufig „in das Lager der Unzufriedenen“ getrieben, wie ein noch nicht von der Kriegsparanoia befallener Mitarbeiter des Kriegsüberwachungsamtes anmerkte.

Und dennoch: ein De Gasperi hätte letztlich wohl auch solche persönliche Verunglimpfung überwunden, ohne in seiner Loyalität zum Staat irre zu werden - was ihn jedoch nachhaltig und irreversibel diesem Staat entfremden musste, war die Art und Weise, wie dieser Staat mit seinen italienischsprachigen Bürgern umging, die pauschal unter Kollaborations- bzw. Spionageverdacht gestellt und zu Tausenden deportiert und in Lagern zusammengepfercht wurden. In De Gasperis Selbstverständnis hatte, als er 1918 die Überführung des Trentino (freilich auch Deutsch-Südtirols) in den italienischen Staatsverband vorzubereiten half, nicht er selbst seine Loyalität zum altösterreichischen Staat gebrochen, vielmehr war es dieser Staat gewesen, der seinen eigenen Bürgern die Loyalität aufgekündigt hatte. Nicht De Gasperi hatte Verrat an der Idee des multiethnischen Staates begangen, sondern der österreichische „Kriegsabsolutismus“; er hatte es De Gasperi leicht gemacht, seine Loyalität seinem neuen, dem italienischen Staat zuzuwenden.

## **2. Die Italiener im „Vielvölkerstaat“<sup>4</sup>**

Österreich und Italien - charakterisiert durch geographische Nachbarschaft, wirtschaftlichen Austausch, kulturelle Beeinflussung und wechselvolle politische Beziehungen, bedingt insbesondere durch ganz unterschiedlichen Gang der politischen Konstituierung: erwuchs Österreich aus mittelalterlicher dynastischer Verbindung, so Italien, das noch für Metternich kein politischer Begriff war, aus der romantisch-nationalistischen Ideologie des 19. Jahrhunderts. Zwar war es nicht die in Mazzini und Garibaldi personifizierte Verquickung romantischen Nationalbewusstseins und demokratisch-republikanischer Ideale, welche die nationale Einigung Italiens ins Werk setzte, sondern einmal mehr eine Dynastie, die piemontesische nämlich, doch sie hatte es verstanden, sich zum Messias der

nationalen Eingung zu stilisieren, sodass einander in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Österreich und Italien schließlich zwei ganz und gar unterschiedliche Legitimationsprinzipien gegenüberstanden: hier das dynastische Band, pragmatisch sanktioniert, eine historisch gewachsene bunte Landschaft von Kronländern unterschiedlichster ethnischer Zusammensetzung vereinend, dort die nationale Idee, freilich unvollendet, nach den „unerlösten“ Territorien und Menschen italienischer Zunge greifend, die einen Teil des österreichischen bzw. österreichisch-ungarischen Staatsverbandes bildeten.

War Österreich, nachdem es bereits seit dem 14. Jahrhundert territorial kleinräumig in das italienische Sprachgebiet ausgegriffen hatte, im Jahrhundert vom Spanischen Erbfolgekrieg bis zu den napoleonischen Kriegen politisch zu einer italienischen Großmacht geworden, so hatte es diese Stellung in den Kriegen von 1859 und 1866 wieder eingebüßt. Was blieb, war mehr als eine halbe Million Italiener, verteilt auf zwei geographische Kernzonen: den nahezu geschlossen italienischsprachigen südlichen Landesteil Tirols, offiziell in der Regel „Welschtirol“, von den Italienern ab der Jahrhundertmitte zunehmend „Trentino“ genannt, und das gemischtsprachige Küstenland, das „Litorale“, wie es nicht nur die Italiener nannten, politisch-administrativ geteilt in das seit 1382 habsburgische Triest, Österreichs Verbindung zum Meer, Istrien sowie Görz und Gradiska, daneben die italienischen Enklaven in Dalmatien und Fiume als „corpus adnexum“ der Länder der Stephanskrone.

Das genügte, um Italien und Österreich, nur mühsam durch den Dreibund verschleiert, zu Erbfeinden zu machen. Wenn ein Historiker vom Range Robert A. Kanns die Überlegung anstellt, ob eine freiwillige Abtretung des Trentino an Italien im Jahre 1866 (oder eine durch dessen vorherigen Anschluss an das Lombardo-venetianische Königreich herbeigeführte Abtretung) diesen Gegensatz aufzulösen und Italien und Österreich zu verlässlichen Verbündeten zu machen vermocht hätte, weil Triest für das an guten Häfen überreiche Italien weniger von Bedeutung und die gemischtsprachigen Gebiete für Italien weniger attraktiv gewesen wären, dann gibt das zu denken - und doch dürfte eine solche Überlegung die dem Nationalismus innewohnende Eigendynamik unterschätzen, die nicht nur im Fall des italienischen „Nationalstaats“ letztlich zu einer Überschreitung der durch ethnisch-sprachliche Zusammengehörigkeit vorgezeichneten Grenzen geführt hat.

Die Verteilung der italienischsprachigen Bevölkerung auf verschiedene, vor allem aber auf ethnisch so unterschiedlich strukturierte Kronländer hatte naturgemäß zur Folge, dass die ethnopolitischen Positionen der politischen Vertreter dieser Bevölkerungsteile sich nicht nur entlang ideologischer, sondern auch regionaler

Trennlinien von einander unterschieden. Im geschlossen italienischsprachigen Trentino mit seiner Frontstellung gegen Deutschtirol war die Ausgangssituation ganz einfach grundverschieden von jener im Küstenland, wo die Italiener nur mehr in den größeren Städten die Mehrheit stellten, außerhalb derselben aber immer mehr von Slowenen und Kroaten majorisiert wurden, zumal diese zeitverzögert ihren eigenen Nationalismus auszubilden und überall den Firnis einstiger Italianisierungstendenzen abzustreifen begannen. So war im Küstenland die Frontstellung der Italiener gegen die Südslawen gerichtet, und die Deutschen erschienen weniger als nationaler Gegner denn oft als Verbündeter, was sich umgekehrt auch in deren Bereitschaft niederschlug, Privilegien italienischer Minderheiten - wie insbesondere in Dalmatien, wo eine nur wenige Prozent der Bevölkerung ausmachende italienische Minderheit im Zensus- und Kurienlandtag bis 1870 sogar die Mehrheit der Abgeordneten gestellt hatte - lange aufrechtzuerhalten.

Den Kampf gegen den „slavismo“ sahen freilich, wenngleich aus sicherer Entfernung, auch die italienischen Politiker aus dem Trentino als Aufgabe an, und als Schritt zu solchem Kampf apostrophierte Aleide De Gasperi auch die Kriegserklärung der Österreichisch-ungarischen Monarchie an Serbien in seiner ersten publizistischen Reaktion. Doch war die Entfernung zu den Regionen italienisch-südslawischer Gemengelage groß und sicher genug, dass Enrico Conci, der Parteiführer der Italienischen Volkspartei des Trentino, sich im Mai 1918 aus Anlass der Feier des 50jährigen Bestandes des tschechischen Nationaltheaters in Prag, welche die Tschechen zu einer Kundgebung der „unterdrückten Völker Österreichs“ umgestalteten, mit tschechischen und südslawischen Politikern und Selbständigkeitsbestrebungen solidarisieren konnte, was ihm gleichermaßen Kritik von Seiten der küstenländischen Italiener wie der Tiroler Deutschen eintrug (und ihn die Funktion des Landeshauptmannstellvertreters von Tirol kostete).

Auch in den drei großen politischen Lagern, in denen sich die Italiener zum Ausgang der Monarchie organisiert hatten, fanden sich diese Trennlinien wieder. Allein die allerdings an Einfluss verlierenden, im städtischen Bürgertum verankerten Nationalliberalen hielten die Fackel des Irredentismus im Trentino wie im Küstenland in gleicher Unbeirrbarkeit hoch. Die katholische Volkspartei, der Partito popolare, der die Konservativen aufgesogen hatte und die ländlichen Regionen mit ihrer agrarischen Bevölkerung politisch dominierte, war demgegenüber „austriacante“ eingestellt, proösterreichisch also, im Trentino aber prononciert autonomistisch, um hier ein politisches Mehrheitsregime errichten zu können. Während jedoch die Trentiner Popolari im Verlauf des Weltkriegs ihre Bindung an Österreich verloren, behielten die Friulaner die ihre bis zum Ende bei; dies belegt eindrucksvoll die Rede

ihres Abgeordneten Josef Bugatto in der Abgeordnetenhausdebatte über Baron Hussareks Regierungserklärung am 11. Oktober 1918 und die sich daran knüpfende Kontroverse zwischen dem Meraner Abgeordneten Emil Kraft einerseits und Enrico Conci sowie Aleide De Gasperi andererseits, die betonten, dass die von Bugatto für Friaul abgegebenen Erklärungen für das Trentino keine Gültigkeit besäßen. Immerhin dürfte dabei auch die ethnische Sonderstellung der Friulaner eine Rolle gespielt haben.

Bezog sich Bugatto in seinen Ausführungen zur nationalen Frage auf den Internationalismus des Christentums, so hatte eine andere politische Bewegung den Internationalismus, abgeleitet freilich nicht aus transzendentaler, sondern aus materialistischer Legitimation, noch viel zentraler auf ihre Fahnen geschrieben: die Sozialdemokratie. Unter der italienischen Arbeiterschaft von Städten wie Trient, Triest oder Monfalcone genoss sie großen Zulauf und lag bei der Reichsratswahl 1911 in Triest annähernd gleichauf mit den Liberalen, in Trient bereits voran. Keine der italienischen Parteien lässt die divergente Interessenlage von Trentino und Küstenland so deutlich erkennen wie die Sozialdemokratie: Hielten die Triester Sozialdemokraten am internationalistischen Ethos fest und konzentrierten sie sich auf die soziale Frage, so nahm die nationale in der Politik der Trentiner Sozialdemokraten eine ganz zentrale Rolle ein.

Nicht von ungefähr war es der als Abgeordneter von Trient 1911 in den Reichsrat eingezogene Cesare Battisti, der zum Märtyrer des „irredentismo“ werden sollte. Und nicht von ungefähr war es der „Lavoratore“, das Blatt der Triester Sozialdemokraten, welches als einzige italienischsprachige Tageszeitung Österreichs auch nach dem Kriegseintritt Italiens weiter erscheinen durfte, wenn auch unter dem wachsamen Auge der Zensoren, deren Eifer nur allzu oft übers Ziel schoss, etwa wenn sie nicht einmal die Veröffentlichung des sorgfältig redigierten Berichts der „Reichsratskorrespondenz“ über De Gasperis große Rede vom 28. September 1917 zuließen. Nationale Solidarität zeigten freilich auch die Triester Sozialdemokraten allemal: den „Lavoratore“ öffnete sein Herausgeber, der Abgeordnete Valentino Pittoni, während des Krieges auch den Vertretern der anderen italienischen politischen Parteien, so auch Aleide De Gasperi, der hier die Reise Enrico Concis nach Prag im Mai 1918 verteidigen konnte, welche der gleichfalls eingeladene Pittoni verweigert hatte.

Im Abgeordnetenhaus des Reichsrates schlossen sich indes alle italienischen Sozialdemokraten, auch Cesare Battisti, nicht dem nationalen Klub der Italiener, die 1911 mit den Rumänen eine allerdings eher lose „Unio latina“ bildeten, an, sondern

verweilten als Hospitanten im Verband der deutschen Sozialdemokraten, was De Gasperi leicht verdientes politisches Wechselgeld in die Hand spielte, wenn ihm Battisti mangelndes italienisches Nationalbewusstsein und Willfährigkeit gegenüber dem System vorwarf, wie es beispielsweise geschah, als De Gasperi in der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses der XXII Session als jüngster italienischer Abgeordneter die Angelobungsformel verlas. In seiner Argumentation freilich, auf publizistischer natürlich mehr noch als auf parlamentarischer Ebene, ließ Battisti den radikal italienischnational gesinnten Irredentisten deutlich erkennen.

Doch selbst Battisti war, jedenfalls bis zum Ausbruch des Weltkrieges, „Salurnista“, und darin traf er sich mit nahezu allen anderen Trentiner Irredentisten. Selten war im „Vielvölkerstaat“ der Österreichisch-ungarischen Monarchie eine Sprachgrenze so klar ausgeformt wie jene zwischen dem deutsch- und dem italienischsprachigen Landesteil Tirols: vom Stilfserjoch über den Mendelpass zur Salumer Klause und weiter entlang der Kammzone nördlich des Fleimstales zog sich die Grenze zwischen dem deutschen und dem italienischen Sprachgebiet, an welches sich das ladinische anschloss. Der Volkszählung 1910 zufolge lebten rund 8.000 Italiener (von insgesamt 510.000 Einwohnern) in Deutschtirol und rund 15.000 Deutsche (von insgesamt 380.000 Einwohnern) in Welschtirol. Nichts also wäre einfacher gewesen, als entlang der Sprachgrenze einen Trennungsstrich zu ziehen - aus irredentistischer Sicht, um das Trentino, also eben das Gebiet bis zur Salurner Klause, an Italien anzugliedern, aus autonomistischer Sicht, um dieses Gebiet politisch-administrativ von Deutschtirol zu trennen.

Wenn Cesare Battisti sich, nachdem er unmittelbar nach Kriegsausbruch Österreich verlassen hatte und nach Italien gegangen war, den dort bereits geäußerten und „geopolitisch“ begründeten Forderungen nach der Brennergrenze angeschlossen oder zumindest unterworfen hat, dann steht er damit symptomatisch für jene Eigendynamik des zum Imperialismus werdenden Nationalismus, die aus der romantischen Perspektive der Väter auch der italienischen Nationalbewegung als sein Sündenfall erscheinen musste. Dass dieser seiner Unschuld beraubte Nationalismus jahrzehntelang schwärende Wunden aufreißen musste, kann nicht überraschen - Wunden, die erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verheilen sollten, unter der Wirkung europäischen Geistes, vor allem aber rechtsförmiger Instrumente politischer Autonomie.

Autonomie - dies aber war bereits im multiethnischen Staat die erfolgverheißende Alternative zum politischen Nationalismus gewesen. Und nichts wäre, die Sprachenkarte vor Augen, leichter erschienen, als das Trentino zum Musterland



gelebter Autonomie zu machen. Schon die Kremsierer Kreisverfassung fand kaum anderswo eine so klare Sprachgrenze vor, entlang deren sie auch die Kreisgrenze ziehen konnte - allein bereits damals, 1848, zeigte sich, dass die geheiligte Landeseinheit Tirols und die seit 1342 verbürgten Rechte der Tiroler Stände einem solchen Projekt politisch und rechtlich im Wege standen.

So zog sich der Kampf der Italiener Welschtirols um Autonomie über viele Jahrzehnte hin und wurde zur Konstante der Tiroler Politik. Die Mittel wechselten, von der geschäftsordnungsmäßigen Nutzung der Instrumente des parlamentarischen Verfahrens bis zum Boykott des Landtages, die Ziele blieben die gleichen: ein eigener Landtag oder zumindest eine Teilung des Landtages in zwei Sektionen. Zur Jahrhundertwende war es fast so weit, doch scheiterte ein im Ausschuss erarbeiteter Entwurf einer Abänderung der Landesordnung am 6. Juli 1901 im Plenum des Landtages.

Dennoch arbeiteten die italienischen Abgeordneten fortan im Landtag mit, bis er nach Sarajevo geschlossen wurde. Freilich machten sie am Beginn jeder Landtagsperiode von einem Instrument Gebrauch, das auch im Reichsrat bereits eine gedeihliche Tradition aufwies, nämlich jenem der Rechtsverwahrung: die Vertreter der italienischen politischen Parteien, zuletzt im Mai 1914 Guido de Gentili für die Volkspartei, Antonio Stefanelli für die Nationalliberalen und Cesare Battisti für die Sozialdemokraten, deponierten in unterschiedlicher Schärfe und mit unterschiedlicher Konnotation ihre Grundsatzstandpunkte, die von der Forderung nach „autonomia amministrativa del Trentino“ bis zur Betonung der „imprescrittibili diritti del Trentino alla sua indipendenza provinciale“ reichten bzw. die Legitimation des Landtages in Zweifel zogen, um fortan unbelastet an der praktischen Landtagsarbeit mitwirken zu können. Die Verbalreservation ersparte die Mentalreservation.

Für die Abgeordneten der Trentiner Volkspartei konnte dies umso mehr gelten, als Welschtirol faktisch ohnedies weitgehende kulturelle und administrative Autonomie genoss. Grundgelegt war sie bereits in den Vorschriften des Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger über die Gleichberechtigung der „Volksstämme“ und speziell über die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen, die darin ihren Niederschlag fand, dass das Italienische sowohl bei den staatlichen als auch bei den autonomen Behörden überall als äußere und vielfach auch als innere Amtssprache verwendet wurde.

Von den autonomen Landesbehörden war beispielsweise der für Agrarfragen

zuständige Landeskulturrat schon 1881, der Landesverkehrsrat 1911 jeweils in eine deutsche und eine italienische Sektion geteilt worden, wochletztere ihren Sitz in Trient hatte; der Landesschulrat war seit 1892 - in Abweichung vom tatsächlichen Stärkeverhältnis der Volksgruppen - paritätisch zusammengesetzt.

Das österreichische Schulrecht war ohnehin äußerst volksgruppenfreundlich, der Unterricht in der Sprache der jeweiligen Volksgruppe „ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache“ schon durch Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger verpflichtend vorgesehen. So waren die Volksschulen in Welschtirol, mit Ausnahme der zehn deutschen Gemeinden, ausschließlich italienischsprachig, und Gymnasien sowie andere höhere Lehranstalten mit italienischer Unterrichtssprache bestanden sowohl in Trient als auch in Rovereto.

Allein eine eigene, italienischsprachige Universität entbehrten die österreichischen Italiener, seit Padua und Pavia verlorengegangen waren; gerade das aber musste eine so kultur- und bildungsstolze Volksgruppe als besonderen Mangel empfinden. So wurde die Universitätsfrage zum zentralen Gegenstand italienisch-nationaler Politik und bildete über Jahrzehnte hin das ceterum censeo der italienischen Reichsratsabgeordneten. Zwar wurden in Innsbruck juristische Vorlesungen in italienischer Sprache gehalten, und die Regierung fand sich schließlich 1904 sogar bereit, im Verordnungsweg dort eine italienische Rechtsfakultät - die den Italienern besonders am Herzen lag - einzurichten, sie hatte jedoch dabei den deutschen Nationalismus in Innsbruck unterschätzt, der in blutig endenden Demonstrationen die Schließung der kaum eröffneten Fakultät erzwang; der italienische Studentenfunktionär Aleide De Gasperi war unter den im Verlauf der Auseinandersetzungen Verhafteten.

Innsbruck konnte nicht der Ort für eine italienische Fakultät oder gar Universität sein, gegen den Widerstand des deutschen Nationalismus war sie nicht zu errichten. Die Regierung - und nicht nur sie, auch der Kaiser selbst, wie Aleide De Gasperi bei einer persönlichen Begegnung anlässlich der Delegationssession in Budapest 1912 wahrnehmen konnte - war weiterhin bereit, allen Skeptikern zum Trotz, die in einer italienischen Universität eine Brutstätte des Irredentismus sahen - als ob dieser nicht vielmehr dadurch gefördert worden wäre, dass zumindest die wohlhabenderen italienischen Studenten aus Österreich an reichsitalienische Universitäten gingen! ~, den Italienern ihren Herzenswunsch zu erfüllen, den die italienischen Reichsratsabgeordneten mit solcher Zähigkeit verfolgten. Nachdem selbst der Deutsche Nationalverband für die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät

gewonnen worden war, als deren Standort zunächst Wien, schließlich aber, den Intentionen der italienischen Abgeordneten entsprechend, Triest vorgesehen war (wo ihr lediglich die Südslawen opponierten), konnte erstmals schon 1911 und schließlich 1913 im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses eine entsprechende Regierungsvorlage beschlossen werden. Dass sie nicht mehr ins Plenum kam - im März 1914 war sie bereits für eine Tagesordnung vorgesehen -, war, neben der an sich langsamen Arbeitsweise des Hauses, der Vertagung des Reichsrates zuzuschreiben. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass, wäre nicht der Weltkrieg ausgebrochen, die Italiener alsbald auch die heiß ersehnte höchste Stufe der „Bildungsautonomie“ erklommen hätten.

Der wohl bedeutsamste Aspekt der von ihnen im alten Österreich genossenen realen Autonomie war aber die kommunale Selbstverwaltung: In allen Welschtiroler Gemeinden, mit Ausnahme der zehn deutschen, war Italienisch äußere und innere Amtssprache, und die Gemeinden entschieden natürlich auch über den Sprachgebrauch beispielsweise bei Straßentafeln. Wie überall in der Monarchie, waren auch hier die Gemeinden primäre Umfeldler politischer Sozialisation und Foren politischer Artikulation. Dass schließlich die Italiener Welschtirols umfassende kulturelle Autonomie auch in der Publizistik oder im Vereinswesen in Anspruch nehmen konnten, bedarf kaum mehr einer Erwähnung.

Wie anderswo, wurde freilich auch in Tirol die Kultur zum Vehikel des Nationalismus, ja das kulturelle Selbstbewusstsein der Italiener legte dies in besonderem Maße nahe. Dem „sommo poeta“ Dante Alighieri in Trient ein Denkmal zu setzen, wurde so zur nationalen Geste - einer Geste der Abwehr gegen das, was von Norden kam, figuriert in der 1896 unter gleichzeitiger Veröffentlichung nationalistischer Gedichte enthüllten Skulptur. Gemeinsames Ziel der autonomistisch wie der irredentistisch eingestellten Trentiner war die Abwehr jedes Versuchs einer „Germanisierung“, gemeinsames Leitmotiv die Angst vor einer solchen „Germanisierung“. Eine Angst, die, soweit die Haltung der österreichischen Behörden - jedenfalls in Friedenszeiten - berührt war, im Rückblick unbegründet scheinen muss, für die jedoch der auch in Tirol beheimatete deutsche Nationalismus manchen Anknüpfungspunkt lieferte.

„Bete noire“ dieser Angst war der „Tiroler Volksbund“, der sich vehement gegen die Welschtiroler Autonomie wandte und sich die Erhaltung der deutschen Sprachinseln in Welschtirol besonders angelegen sein ließ; neben dem Volksbund, gegen den sich beispielsweise auch Fürstbischof Endrici mehrfach öffentlich aussprach, existierten freilich noch verschiedenste andere „Schutzvereine“, und auch der „Deutsche und Österreichische Alpenverein“ spielte manchmal auf der nationalistischen Klaviatur.

Analoge Vereine auf italienischer Seite, wie die „Lega nazionale“ oder die „Società degli alpinisti Tridentini“, trugen das Ihre dazu bei, das Feuer zu schüren.

Nicht nur die Behörden standen Versuchen einer „Germanisierung“ eher ablehnend gegenüber, auch unter den klugen Politikern der deutschen Seite erhoben sich warnende Stimmen; so die des Herrenhausmitglieds und nachmaligen Reichsgerichtspräsidenten Karl von Grabmayr, der 1910 vor der Reichsratsdelegation „die chauvinistischen Übertreibungen mancher Überdeutscher“ bedauerte, „deren unangebrachte Germanisierungsversuche im italienischen Tirol den einzigen Erfolg haben, daß sie das empfindliche Nationalgefühl der Italiener verletzen.“ Eine Aussage, die zwei Jahre später in seiner Rede vor der Delegation Aleide De Gasperi aufgriff, um daran sein zentrales Gravamen zu knüpfen: „Die »gewissen Überdeutschen‘ sind in Südtirol an Zahl und Macht gewachsen, die unangebrachten Germanisierungsversuche vermehren sich von Tag zu Tag, die tridentinischen Autonomiebestrebungen werden nicht nur nicht als eine billige Forderung behandelt, sondern als gefährlicher Irredentismus verdächtigt.“

Diese Verdächtigung, stets schon latent vorhanden, wurde nach dem Kriegseintritt Italiens am 23. Mai 1915 in jener von einem erschreckenden Mangel an Sensibilität und Differenzierungsvermögen zeugenden Politik des „Kriegsabsolutismus“ manifest, die nicht nur einen großen Teil der italienischsprachigen Bevölkerung aus dem Fronthinterland deportieren und ihre politischen Führer unter Polizeiüberwachung stellen oder sogar konfinieren ließ, sondern sich darüber hinaus blindwütig gegen die Zeugnisse italienischen Kulturstolzes wandte, unter denen das prominenteste eben das Trienter Dante-Denkmal war.

Anders als manch anderes Denkmal eines italienischen Künstlers oder Dichters wurde das Dante-Denkmal zwar nicht entfernt, aber doch seiner Inschriften beraubt. Was einen Dante-Verehrer wie Aleide De Gasperi zunächst tief betroffen gemacht haben muss, konnte er in einer seiner letzten Reden vor dem Abgeordnetenhaus, am 4. Oktober 1918, als das Ende nahe war, immerhin schon wieder mit Ironie, wenn auch mit bitterer, kommentieren. Und er schloss seine Rede mit jenem Zitat aus dem zweiten Gesang des „Purgatorio“, in dem Dante seinerseits aus dem Psalm 114 (113A) zitiert und den Chor der Seelen, die, geläutert, über das freie Meer fahren, singen lässt: „In exitu Israel de Aegypto ...“ Des Fegefeuers des Krieges und des „Kriegsabsolutismus“ hatte es bedurft, um dem Exodus auch eines autonomistisch gesinnten Trentiners, wie es Aleide De Gasperi war, aus dem alten Österreich den Weg zu bereiten.

### 3. Das multiethnische Parlament

#### 3.1 Der multiethnische Staat

Die Österreichisch-ungarische Monarchie oder das Österreichisch-ungarische Reich - dies seit 1867 die formelle Bezeichnung für jenes staatsrechtlich komplex strukturierte Gebilde, das dynastisch als „Habsburger-“ oder geopolitisch als „Donaumonarchie“ bezeichnet wird - war der Prototyp des „Vielvölkerstaats“, eines Staates, der keine sprachlich bzw. ethnisch einheitliche Bevölkerungsstruktur, ja nicht einmal eine zahlenmäßig klar dominierende „Mehrheitsbevölkerung“ aufwies, sondern eine Vielzahl unterschiedlich stark vertretener ethnischer Gruppen aufwies, die in der Terminologie des Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger als „Volksstämme“, in der Alltagssprache aber häufiger als „Nationalitäten“ (so etwa schon § 3 des Kremsierer Entwurfs) bezeichnet wurden.

Dass ein solcher multiethnischer Staat, ein „Nationalitätenstaat“, nicht als selbstverständliche, historisch gewachsene Realität aufgefasst, sondern problematisiert wurde, war die Frucht der romantischen Nationalbewegung, die ihm den „Nationalstaat“ als bezeichnenderweise von einem Italiener, Pasquale Stanislao Mancini, 1851 naturrechtlich begründeten und in weiterer Folge gleichsam naturgesetzlich postulierten Ideal- und Normalzustand gegenüberstellte und ihn als illegitime Abweichung davon denunzierte.

Was aber ist eine „Nation“ überhaupt? Der in der mittel- und ostmitteleuropäischen Tradition lange Zeit wirksame Nationsbegriff unterscheidet sich ja wesentlich von dem in Westeuropa gebräuchlichen: Während „Nation“ im westeuropäischen Verständnis - Frankreich könnte als prototypisches Beispiel gelten - seit dem 18. Jahrhundert die „Staatsnation“ bezeichnet und sich in der Republik Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg das Bewusstsein einer „Staatsnation“ in diesem Sinn entwickelt, ist der traditionelle mittel- und ostmitteleuropäische Nationsbegriff jener der „Sprach- und Kulturnation“, also der einer durch gemeinsame Sprache und kulturelle Tradition verbundenen Gruppe von Menschen; dass diese Definition so unproblematisch nicht ist, ist schon an der Schwierigkeit abzulesen, zwischen unterschiedlichen Dialekten einer Sprache und unterschiedlichen Sprachen zu scheiden.

Der zur Nation gehörige „-ismus“, die Ideologie der Nation, der Nationalismus also, zeigt gerade in der Österreichisch-ungarischen Monarchie seinen janusköpfigen Charakter: Der Nationalismus birgt in der Forderung nach Selbstbestimmung und

Selbstregierung zunächst ein großes emanzipatorisches Potential, er fordert soziale Gerechtigkeit, politische und gesellschaftliche Emanzipation minderprivilegierter ethnischer Gruppen, Gleichberechtigung aller Nationalitäten, klassisch formuliert von Franz Palacky in seinem berühmten Brief an den Fünziger-Ausschuss der Frankfurter Nationalversammlung 1848. Aber leider führt der Weg anscheinend wie zwangsläufig „von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“, um ihn auf Grillparzers bekannte Kurzformel zu reduzieren. Der große ungarische Staatsrechtslehrer Josef von Eötvös stellte sich schon 1850 die Frage, ob „die Gleichberechtigung je im Namen eines Volkes, das entweder eine Suprematie, oder auch nur die Gleichberechtigung wirklich besaß, begehrt“ worden sei; und er gab mit leider nur zu berechtigtem Pessimismus die Antwort: „Überall der Kampf um Gleichberechtigung, ehe diese erreicht ist; überall das Streben nach Herrschaft, wie man nicht mehr gegen Unterdrückung zu klagen hat.“

Dass der Nationalismus gerade in Ostmitteleuropa so besonders dramatische Auswirkungen gezeigt hat, findet seine Erklärung in der ethnisch-sprachlichen Gemengelage, von der dieser Raum geprägt ist. Ein Blick auf die ethnische oder die Sprachenkarte zeigt das Bild „durchschossener Seide“, wie es Toynbee einmal genannt hat, jenes charakteristische „Tüpfelmuster“, dessen Entstehung auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist: Jahrhundertlanges Zurückbleiben in der wirtschaftlichen Entwicklung führte einerseits zu lokaler Isolierung und sprachlich-kultureller Aufsplitterung eines allenfalls ursprünglich gemeinslawischen Volkstums, andererseits im Zuge von wirtschaftlichen Nachziehversuchen der Herrscher zur Heranziehung ausländischer Spezialisten, die dann ethnische Enklaven bildeten; weniger friedliche Wanderungsbewegungen wie jene der Magyaren oder der osmanischen Türken hatten das Ihre getan.

Im 19. Jahrhundert kam es - nicht nur in der Österreichisch-ungarischen Monarchie, sondern auch im Osmanischen und im Russischen Reich - in den verschiedenen ethnischen Gruppen zu sozialen Aktivierungsprozessen, deren ideengeschichtlicher Hintergrund (die Freiheitsideen der Französischen Revolution gingen dabei eine merkwürdige Verschmelzung mit dem mehr romantischen Gedanken der Besinnung auf die Wurzeln des eigenen Volkstums ein) nicht von ihrer wirtschaftsgeschichtlichen Grundlage (der allmählichen Industrialisierung) getrennt werden kann. Die Entwicklung von der „Nation an sich“ - falls es so etwas überhaupt gibt - zur „Nation für sich“ nahm ihren Ausgang natürlich bei den jeweiligen intellektuellen Eliten, die sich angesichts der weitgehenden Identität zwischen ethnischer und sozialer Schichtung in ihren sozialen Aufstiegschancen beschränkt sahen und folglich klassische „Gegeneliten“ zur Elite der jeweils dominanten

Nationalität bildeten, und erfasste bald immer größere Teile der einzelnen ethnischen Gruppen.

In der Österreichisch-ungarischen Monarchie war diese Entwicklung am Beginn des 20. Jahrhunderts recht weit fortgeschritten, hatte aber durchaus noch nicht die gesamte Bevölkerung erfasst, wie die berühmte (mutatis mutandis auch in anderen, ähnlichen Zusammenhängen erzählte) Geschichte von jener US-amerikanischen Grenzfestsetzungskommission zeigt, die nach 1918 in ein kleines Dorf in der Karpato-Ukraine kam und auf die an die Bewohner gerichtete Frage, ob sie denn Slowaken, Polen, Ukrainer oder Ungarn seien, die verständnislose Antwort erhielt: „Wir sind von hier.“

In der Sprache des Sozialwissenschaftlers - des kürzlich verstorbenen, aus Altösterreich stammenden Karl W. Deutsch, dem wir einige grundlegende Arbeiten zum Nationalismus aus sozialwissenschaftlicher Sicht verdanken - lassen sich die Vorgänge vor dem Zerfall der Österreichisch-ungarischen Monarchie wie folgt beschreiben: Das Gleichgewicht zwischen Assimilation (als Grundlage staatlicher Integration) und Aktivierung ging verloren, die Aktivierung gewann ein Übergewicht, das zur Desintegration des Staates führte. Die Sezessionsbestrebungen der einzelnen ethnischen Gruppen führten in weiterer Folge, beschleunigt durch den Ersten Weltkrieg, zur Dismembration des Staatsgebildes, aber damit aufgrund der ethnischen Gemengelage zum Entstehen neuer Nationalitätenstaaten, in denen sich die geschilderte Entwicklung mit anderen Vorzeichen fortsetzen sollte.

Dem Parlament als neben dem Monarchen und der politisch ihm verantwortlichen Regierung wichtigsten Klammer gerade eines Staatsgebildes, das sich nach seinem Parlament benannt sah - „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, so lautete die formal korrekte Bezeichnung für das im Alltagssprachgebrauch so genannte „Cisleithanien“ -, wäre nun eben die Funktion zuzukommen, die politische Aktivierung der verschiedenen Nationalitäten aufzufangen und in gemeinschaftliche staatliche Willensbildung zu integrieren. Dass die Assimilationsfähigkeit dieses Parlaments dazu nicht ausreichte, dass sich seine Mitglieder primär als Interessenvertreter ihrer jeweiligen Volksgruppe und allenfalls sekundär als Verantwortungsträger des Gesamtstaates verstanden, ließ dieses Parlament an seiner Aufgabe scheitern, diesem Gesamtstaat einen verfassungsrechtlichen Rahmen zu verleihen, der ihn befähigt hätte, in einer Zeit „nationalstaatlicher“ Ideologie als „Nationalitätenstaat“ zu bestehen.

### 3.2 Die Vertretung der Nationalitäten im Abgeordnetenhaus

Zur gemeinsamen Vertretung der 17 das sogenannte „Cisleithanien“ bildenden Kronländer war auf der verfassungsgesetzlichen Grundlage des Grundgesetzes über die Reichsvertretung in seiner Fassung von 1867 der Reichsrat berufen. Seine unmittelbare Vorgängerinstitution war der „engere Reichsrat“<sup>11</sup> des Februar-Patents von 1861 gewesen, das auch einen, in seinem Vertretungsanspruch auch die Länder der Stephanskrone umschließenden „weiteren Reichsrat“ vorgesehen hatte, welcher freilich von Ungarn und Kroaten nicht beschickt worden war. Der Reichsrat bestand aus zwei Kammern, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, beide verfassungsrechtlich gleichberechtigt, ersteres aber politisch von Anfang an gewichtiger. Die Geschichte des Abgeordnetenhauses lässt einige deutliche Zäsuren erkennen, die insbesondere mit der Wahlrechtsentwicklung zusammenhängen, aber auch merkliche Auswirkungen auf die Vertretung der Nationalitäten im Abgeordnetenhaus nach sich gezogen haben: die Einführung des direkten Wahlrechts 1873, die Einführung des allgemeinen (aber noch nicht gleichen) Männerwahlrechts 1896 und schließlich die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts 1907.

Bis 1873 wurde das Abgeordnetenhaus von den Landtagen beschickt, nur als Ausnahme waren direkte Notwahlen vorgesehen. Da kein parteimäßiger oder nationaler Proportionalschlüssel vorgesehen war, konnte die jeweilige Landtagsmehrheit ihre Parteigänger bzw. Angehörige der Mehrheitsnationalität ins Abgeordnetenhaus entsenden. Eingeschränkt war diese Möglichkeit nur durch das Kurienwahlrecht und durch den Umstand, dass in vielen Fällen auch noch innerhalb der einzelnen Kurien Wahlkreisgruppen eingerichtet waren, denen die Abgeordneten nach einem bestimmten Schlüssel zu entnehmen waren; wenn daher die Angehörigen der Minderheitsfraktion in einer Kurie oder Wahlkreisgruppe alle Mandate besetzten, konnte die Wahl nur auf einen der Ihren fallen. Dieses disproportionale System hatte auch noch zur Folge, dass schon eine, absolut gesehen, geringfügige Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu einer völligen Umkehrung der ethnischen Zusammensetzung der von diesem Kronland ins Abgeordnetenhaus entsandten Gruppe von Mandataren führen konnte.

Die Wahlrechtsreform von 1873 schuf in dieser Hinsicht stabilere Verhältnisse. Von nun an wurden die Abgeordneten grundsätzlich direkt, also ohne Zwischenschaltung der Landtage, gewählt (in der Kurie der Handels- und Gewerbekammern erfolgte die Wahl durch die Kammerräte, in der Landgemeindekurie über Wahlmänner). Die damals regierenden Deutschliberalen büßten zwar durch die Reform einen Teil ihrer Mehrheit ein, die von 57 % auf 53 % der Sitze fiel, aber diese schienen nur besser abgesichert, hatte doch vorher die Gefahr bestanden, dass ein Sinneswandel einiger



weniger Wahlberechtigter in der Großgrundbesitzerkurie einiger Landtage zum Verlust gleich eines Drittels der Sitze führen konnte. Mittelfristig aber war der Vormarsch der slawischen Nationalitäten - der Tschechen in den Ländern der Wenzelskrone (wo die Deutschen allein 1879 20 von ihren bis dahin 94 Mandaten verloren), der Polen und der Kroaten - in der Mandatszahl nicht aufzuhalten; der organisatorische Vorsprung, der den Deutschen ursprünglich erfolgreichere Handhabung des Wahlmechanismus erlaubt hatte, war bald wettgemacht. Seit 1885 konnte man realpolitisch von keiner deutschen Mehrheit im Abgeordnetenhaus mehr sprechen (die Feudalen den Deutschen zuzuzählen, wäre zwar nach ihrer bevorzugten Umgangssprache zulässig, aber politisch wenig sinnvoll gewesen, weil in den meisten Fällen nicht ihrem politischen Auftrag entsprechend).

Das 1896 geschaffene allgemeine Männerwahlrecht, das in einer neuen, V. Kurie ausgeübt werden konnte, führte aufgrund des verhältnismäßig geringen Anteils der dieser Kurie zugewiesenen Mandate an der Gesamtmitgliederzahl zu keiner spürbaren Veränderung in der nationalen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses; nicht vergessen werden darf dabei, dass aufgrund der Größe der Wahlkreise manche ethnische Gruppe in dieser Kurie überhaupt nicht vertreten sein konnte. Die politischen Auswirkungen der Reform wiesen jedoch in die wahlrechtspolitische Zukunft: in der V. Kurie setzten sich die modernen "Massenparteien"<sup>11</sup> - Sozialdemokraten und Christlichsoziale - erstmals überzeugend durch.

Viel gravierendere Auswirkungen hatte natürlich die Reform von 1907, die zu einer Neugestaltung der Parteienlandschaft, aber auch zu verstärkter Vertretung bisher benachteiligter Nationalitäten führte. Zwar erfolgte die Wahlkreiseinteilung unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Steuerleistung, was insbesondere Italiener und Deutsche weiter bevorzugte, trotzdem konnten Tschechen, Slowenen und vor allem die Ruthenen ihre Stellung verbessern, wenngleich insbesondere die letzteren immer noch deutlich unterproportional vertreten waren. Zum Schutz der polnischen Minderheit wurden nämlich in Ostgalizien 36 Doppelwahlkreise gebildet, die auch dem zweitgereihten Kandidaten die Wahl sicherten, wenn er zumindest ein Viertel der Stimmen erreichte. Ansonsten war man grundsätzlich bemüht, die Wahlkreise national einheitlich zu gestalten; lediglich in Mähren übernahm man aufgrund der hier besonders verzahnten ethnischen Situation das schon im "mährischen Ausgleich" von 1905 konzipierte System der nationalen Kataster mit zwei ethnisch getrennten, jeweils das ganze Land überziehenden Wahlkreisnetzen.

Nach Wegfall der Feudalen gab es ab 1907 im Abgeordnetenhaus auch keine

nominelle deutsche Mehrheit mehr. 1911 kam die einstmals gefürchtete "slawische Mehrheit" zustande, ohne dass sich dies politisch als relevant erwiesen hätte, waren doch etwa die strukturellen Gegensätze zwischen Ruthenen und Polen schier unüberwindlich. Insgesamt umfasste der sogenannte „slawische Block“ im Jahre 1911 108 tschechische, 83 polnische, 29 ruthenische, 23 slowenische, 12 kroatische sowie je zwei serbische und russische Abgeordnete, zusammen somit 259, der „deutsch-romanische Block“ 231 deutsche, 19 italienische, fünf rumänische und zwei jüdische Abgeordnete, also zusammen 257. Abgestimmt wurde freilich keineswegs nach diesen „Blöcken“, die mehr ideologische Chimäre und mediales Klischee denn politische Organisationsform waren.

Nahezu unverrückbar blockhaft war demgegenüber die Wahlkreiseinteilung in der Reichsratswahlordnung 1907 verankert worden. Durch Normierung eines Dreifünftelquorums war sie gegen Abänderungen zu Lasten der Deutschen geschützt, die ja durch sie nach wie vor begünstigt waren, nicht so sehr allerdings wie die Italiener, wie die durchschnittlichen Einwohnerzahlen je Wahlkreis zeigen: für die italienischen Wahlkreise lagen sie bei 38.000, für die deutschen bei 40.000, für die rumänischen bei 46.000, für die slowenischen bei 50.000, für die polnischen bei 52.000 und für die kroatischen sowie die tschechischen Wahlkreise jeweils bei 55.000; die ruthenischen Wahlkreise, weil durchwegs in Ostgalizien gelegen, fallen mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 102.000 natürlich ganz aus dem Rahmen.

Ihre im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu errechnende überproportionale Vertretung rechtfertigten die Deutschen weiterhin mit dem aus den Zeiten des Zensuswahlrechts wohlbekannten Argument der Steuerleistung: Wenn sie mit rund 36 % der Gesamtbevölkerung etwa 45 % der Abgeordneten stellten, dann machten sie geltend, dass auf ihre Volksgruppe über 63 % der direkten Steuerleistung entfielen. Ähnlich überproportional waren nur noch die Italiener im Abgeordnetenhaus vertreten: Während sie (einschließlich der Ladinier, die bei den Volkszählungen nicht gesondert ausgewiesen wurden) rund 2,8 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, nahmen sie immerhin 3,7 % der Abgeordnetensitze ein.

### 3.3 Die Nationalitäten- bzw. Sprachenfrage in der parlamentarischen Verfahrensordnung

Im parlamentarischen Procedere trat das „Nationalitätenproblem“ - ebenso wie in vielen anderen Zusammenhängen auch - primär als Sprachenfrage auf. In den im

Reichsräte vertretenen Königreichen und Ländern gab es - anders als in Ungarn - keine Staatssprache; folgerichtig enthielt auch die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses keine Bestimmung über eine Verhandlungssprache.

In der parlamentarischen Praxis genoss die deutsche Sprache jedoch eine Vorzugsstellung: Die Verhandlungsleitung und der Verkehr nach außen erfolgten in deutscher Sprache, die Beschlüsse des Hauses waren ebenso in ihr gehalten wie die Stenographischen Protokolle. Hingegen konnten in allen „landesüblichen Sprachen“ der im Reichsräte vertretenen Königreiche und Länder (also in deutscher, tschechischer, polnischer, ukrainischer, slowenischer, italienischer, kroatischer und rumänischer Sprache) Reden gehalten werden, die freilich nur dann ins Stenographische Protokoll Aufnahme fanden, wenn eine deutsche Übersetzung beigelegt wurde. Das war ab 1873 nur mehr selten der Fall, sodass die Stenographischen Protokolle keine Wiedergaben dieser Reden enthielten; in der Praxis behelfen sich viele Abgeordnete damit, ihre Kernaussagen sowohl in der Sprache ihrer Volksgruppe als auch in deutscher Sprache zu äußern. Die wiederholt erhobene Forderung, für alle landesüblichen Sprachen jeweils eigene Stenographen anzustellen, scheiterte nicht zuletzt am Kostenargument sowie natürlich am Argument der „langjährigen Übung“. Zugelassen wurden jedoch nur Reden in den acht „landesüblichen“<sup>11</sup> Sprachen; so wurde etwa einem galizischen Abgeordneten, der im Jahre 1907 im Zeichen des zunehmenden Panlawismus eine Rede in russischer Sprache halten wollte, das Wort entzogen!

Erst bald nach Eröffnung der letzten, der XXII. Session des Abgeordnetenhauses im Jahre 1917 wurde die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses dahin gehend geändert, dass fortan sämtliche, also auch die nicht in deutscher Sprache gehaltenen Reden wortgetreu ins Stenographische Protokoll aufzunehmen waren - einer der wenigen Fälle, in denen der „slawische Block“ (der hier überdies auch noch die Unterstützung durch die deutschen Sozialdemokraten fand) tatsächlich abstimmungsrelevant wurde.

Auch die Angelobung konnte von der I. Session an in allen landesüblichen Sprachen geleistet werden, wofür beim Präsidium Übersetzungen der Gelöbnisformel aufgelegt wurden. Ebenso bedienten sich bei mündlichen namentlichen Abstimmungen insbesondere tschechische, aber auch polnische Abgeordnete ihrer Muttersprache.

Während der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus gestellte Abänderungsanträge oder Anträge zur Geschäftsbehandlung wurden offenbar primär aus praktischen Überlegungen grundsätzlich nur dann in Verhandlung genommen und zur

Abstimmung gebracht, wenn sie in deutscher Sprache mündlich gestellt oder schriftlich überreicht worden waren. Selbständige Anträge hingegen konnten nach 1907 auch in einer anderen landesüblichen Sprache eingebracht werden und wurden dann im Urtext und in deutscher Übersetzung in den Anhang des Stenographischen Protokolls aufgenommen. Bei Interpellationen war die Bresche schon zehn Jahre früher geschlagen worden. Petitionen endlich wurden seit jeher, wenn ihr Beidruck zum Stenographischen Protokoll vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, in der Ursprache, lediglich mit deutschem Titel und Inhaltsangabe versehen, abgedruckt.

Die Beschlüsse des Hauses wurden selbstverständlich in deutscher Sprache ausgefertigt, welche daher auch die für jede Interpretation maßgebliche war. Das Reichsgesetzblatt wurde im übrigen aufgrund des Gesetzes von 1869 zwar in allen landesüblichen Sprachen herausgegeben, jedoch allein die deutsche Ausgabe enthielt den authentischen Text, während die übrigen Ausgaben als offizielle Übersetzungen galten.

Festzuhalten bleibt, dass ungeachtet der seit 1867 grundgesetzlich verbürgten Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen jene der dominanten Nationalität, und das war nun einmal nach wie vor die deutsche, in der Verfahrenspraxis des multiethnischen Parlaments erkennbar bevorzugt wurde, wenngleich das Ausmaß dieser Bevorzugung mit Fortdauer der Zeit ebenso merklich geringer wurde, zumindest in gleichem Maße, in welchem die Disproportionalität in der parlamentarischen Vertretung zurückging. Das multiethnische Parlament war immerhin auf dem Weg, seinem Anspruch gerecht zu werden.

### 3.4 Das Abgeordnetenhaus und das „Nationalitätenproblem“

Das „Nationalitätenproblem“ als das zentrale Problem der Österreichisch-ungarischen Monarchie zu sehen, scheint berechtigt. Dass die dominanten Nationalitäten - Deutsche und Ungarn - seit dem Ausgleich von 1867 ihr Staats- und gesellschaftspolitisches Übergewicht über die übrigen Volksgruppen zu wahren gesucht haben, ist evident; ebenso offensichtlich ist jedoch, dass das Zerrbild der Monarchie als "Völkerkerker" eine ungerechte Diffamierung darstellt, verständlich indes aus propagandistischem Nationalitätenkampf. Schon der Vergleich etwa mit der damaligen russischen oder preußischen Politik den jeweiligen nationalen Minderheiten gegenüber spricht für sich. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass im Gegensatz zum Nationalstaat Ungarn - mit seinem magyarischen Staatsvolk und nationalen Minderheiten (sowie einem Sonderstatus für Kroatien) - die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder einen Nationalitätenstaat

bildeten, dessen Verfassung die Gleichberechtigung der "Volksstämme"<sup>11</sup> garantierte, wengleich der mit einem gewissen Recht schlechtere Ruf Ungarns in der Perspektive des Auslands oft auf „Cisleithanien" übertragen worden zu sein scheint

Auch wer nicht so weit gehen will wie der Völkerrechtler Rudolf von Laun, der in seinem Gutachten von 1916 das österreichische Nationalitätenrecht als "leuchtendes Vorbild" apostrophiert hat, musste anerkennen, dass die rechtliche Gleichstellung der Nationalitäten in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern in einer für die damalige Zeit beachtlichen Weise konstitutionell verankert und vor allem durch ein bemerkenswertes Rechtsschutzsystem - die Möglichkeit, das Reichsgericht bzw. den Verwaltungsgerichtshof anzurufen - abgesichert war.

Nichtsdestoweniger zeigt das Beispiel „Cisleithaniens" aber auch, dass die Gleichberechtigung von Nationalitäten allein nicht ausreicht, um soziale und politische Konflikte zu entschärfen. Wirtschaftliche und soziale Diskriminierung bestimmter ethnischer Gruppen, mehr noch aber das subjektive Empfinden solcher Diskriminierung bestand weiter, und es fehlten vertrauensbildende Maßnahmen, die psychologisch den Gegensätzen zwischen den Nationalitäten entgegengewirkt hätten. So hat der Nationalitätenkonflikt auch das Parlament und insbesondere das Abgeordnetenhaus erfasst, das an seiner Lösung gescheitert ist, ja durch den Nationalitätenkonflikt immer wieder auch an der Bewältigung seiner anderen Aufgaben gehindert worden ist.

Hauptkriterium für den Zusammenschluss der Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu Klubs - die auch damals, lange vor ihrer geschäftsordnungsmäßigen Verankerung schon eine wesentliche Rolle in der parlamentarischen Willensbildung gespielt haben - war die ethnische Zugehörigkeit der Mandatäre. Eine ganz grobe Skizze zeigt auf der Linken des Hauses zunächst die ihrerseits in mehrere Fraktionen gespaltenen liberalen Zentralisten, weitgehend identisch mit den deutschen Abgeordneten, die sich in der Folge, rund um das „Linzer Programm" von 1882, in Richtung auf den Deutschnationalismus hin bewegten; auf der Rechten die Föderalisten und damit - neben den deutschen Klerikalen - vor allem die Slawen. Der mächtige Polenklub bildete über Jahrzehnte hin eine Konstante in der parlamentarischen Willensbildung (die Erinnerung an ihn ist so stark, dass noch heute die von ihm einstmals eingenommenen Räumlichkeiten, heute dem ÖVP-Klub zugewiesen, als „Polenklub" bezeichnet werden). Ab 1879 nahmen die tschechischen Abgeordneten aus Böhmen an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses, denen sie bis dahin ferngeblieben waren, wieder teil, gaben aber am Beginn jeder Session eine feierliche Rechtsverwahrung hinsichtlich der staatsrechtlichen Stellung des Königreiches

Böhmen ab.

Die ideologischen Differenzierungen gerade auch innerhalb des tschechischen Lagers wurden zunehmend feiner, die Zahl der Klubs nahm zu, das ethnische Kriterium blieb jedoch maßgeblich, dem konnten sich auch die seit 1897 und in ihrer tatsächlichen Stärke ab 1907 im Abgeordnetenhaus vertretenen modernen „Massenparteien“ nicht entziehen: die Christlichsozialen entwickelten sich bald zu einer deutschen Partei, und selbst die Sozialdemokraten konnten ihren internationalistischen Anspruch nicht einlösen: nach den Wahlen von 1907 mit einer starken Fraktion von 87 Mandatären ins Abgeordnetenhaus eingezogen, spaltete sich diese bald in fünf Klubs (der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und ukrainischen Sozialdemokraten), die indessen noch unter dem gemeinsamen Dach des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten vereint blieben. Nach den Reichsratswahlen von 1911 jedoch konstituierten sich drei getrennte Klubs der deutschen, der tschechischen und der polnischen Sozialdemokraten; im Klub der deutschen Sozialdemokraten hospitierten auch die drei italienischen und der ruthenische Sozialdemokrat, die für sich allein keinen Klub bilden konnten.

Diese ethnische Fraktionierung spiegelt das Maß wieder, in dem der Nationalitätenkonflikt die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses beherrschte, verstärkte dieses Maß aber seinerseits wieder - der klassische Fall eines positiven Rückkopplungsprozesses. Oft waren es ganz unbedeutend erscheinende Einzelfälle, an denen sich der Nationalitätenstreit entzündete, wie etwa die Frage der Errichtung eines slowenischen Untergymnasiums in Cilli; der Kampf um die Bewilligung der entsprechenden Budgetpost hatte 1895 zum Sturz der Regierung Windischgrätz geführt. Seinen traurigen Höhepunkt - oder genauer: Tiefpunkt - erreichte der Nationalitätenkonflikt auf parlamentarischer Ebene aber in der sogenannten „Badeni-Krise“ von 1897, als die von der Regierung Badeni erlassenen Sprachenverordnungen für Böhmen zu heftiger parlamentarischer Obstruktion seitens der deutschen Opposition mit Pultdeckelkonzerten, Schreiduellen, Filibusterreden und Anwendung aller Möglichkeiten der Geschäftsordnung zur Lahmlegung des Parlaments, wie etwa endlosen namentlichen Abstimmungen, und in der Folge zu wiederholter Vertagung des Reichsrates führten. Badeni demissionierte, die Sprachenverordnungen mussten schließlich zurückgenommen werden, das Parlament aber sollte sich von dem Schlag, den es selbst seinem Ansehen und seiner Stellung zugefügt hatte, nie mehr erholen, zumal, nachdem die Büchse der Pandora einmal geöffnet war, in analoger Situation mit umgekehrten Vorzeichen späterhin beispielsweise auch die tschechischen Abgeordneten nicht zögerten, zu Obstruktionsmaßnahmen Zuflucht zu nehmen.

Nach den Erfahrungen der Badeni-Krise wurden bis zum Ende der Monarchie Sprachenverordnungen - wie etwa in Dalmatien 1909 - nur mehr dann erlassen, wenn sich die Vertreter der betroffenen Nationalitäten vorher auf deren Grundsätze geeinigt hatten. Die Ansätze zur Lösung des „Nationalitätenproblems“ verlagerten sich ganz auf die Ebene der einzelnen Kronländer, wo in den Landtagen zum Teil fruchtbarere Arbeit möglich war als im Reichsrat. So wurde 1905 der in vier Landesgesetzen verankerte sogenannte „mährische Ausgleich“ beschlossen, der unter anderem das Schulwesen neu ordnete und im Bereich der politischen Willensbildung durch Bildung nationaler Kurien im Landtag und nationaler Wählerklassen die nationale Autonomie herstellte. 1910 folgte der Ausgleich in der ethnisch besonders stark durchmischten Bukowina, der sogenannte galizische Ausgleich von 1914 kam zu spät, um noch irgendeine praktische Auswirkung zu erlangen.

Mitentscheidend für das Schicksal der Monarchie war jedoch, dass in ihrem Kernland Böhmen kein Ausgleichswerk zustande kam. Das böhmische Problem war es auch, das 1914 zu neuerlicher Obstruktion, diesmal zunächst der tschechischen Abgeordneten, im Abgeordnetenhaus führte; als sich die Deutschböhmern anschickten, obstruktiven Gegendruck zu erzeugen, vertagte Ministerpräsident Graf Stürgkh, dem ohnedies Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus nachgesagt wurde, den Reichsrat am 16. März 1914. Das kaiserliche Notverordnungsrecht erlaubte es der Regierung, über längere Zeiträume ohne Parlament handlungsfähig zu bleiben, und der Umstand, dass formelle Vertagung die Diätenbezüge der Abgeordneten erlöschen ließ, stellte zugleich eine politisches Sanktionsmittel dar.

Dass der Reichsrat erst mehr als drei Jahre später wieder zusammentreten würde, dürfte im März 1914 niemand geahnt haben. Nicht nur tagte gerade in jenen Wochen des Juni und Juli 1914, als die Regierung den Staat in einen Krieg stürzte, der zum Weltkrieg wurde, in Wien kein Parlament, in dem sich zumindest einzelne mahnende Stimmen - wie jene eines Liebknecht in Berlin oder die eines Jaures in Paris - gegen die Kriegspolitik hätten erheben können, sondern kurz vor Abgabe der Kriegserklärung, am 25. Juli 1914, schloss der Kaiser die Reichsratssession und öffnete damit jenem „Kriegsabsolutismus“ Tür und Tor, der binnen kurzer Zeit das öffentliche Leben in seinen Würgegriff nehmen und den Grundlagen des Zusammenlebens im multiethnischen Staat irreversiblen Schaden zufügen sollte.

Die letzte, die XXII. Reichsratssession, zu deren Einberufung sich der junge Kaiser Karl für den 30. Mai 1917 unter dem Druck wachsender Unzufriedenheit veranlasst

gesehen hatte, kam zu spät und war überdies zu kurz, um das Parlament doch noch zu einem Forum für die verfassungspolitische Neuorganisation der Monarchie werden zu lassen. Die Ansätze staatsrechtlicher Reformen, die diskutiert wurden, waren mehr als punktuelle Maßnahmen zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Loyalität einzelner Volksgruppen denn als planvolle Konzepte zu sehen. Die Loyalitäten der wichtigsten nichtdeutschen Volksgruppen waren freilich bereits unterminiert, und die fraktionellen Strukturen im Abgeordnetenhaus zu instabil, um auch nur punktuelle Reformen erfolgreich ins Werk setzen zu können. Immerhin blieb das Abgeordnetenhaus der XXII. Session frei von Obstruktion, und immerhin ließ es, trotz des durch Krieg und Militärgerichtsbarkeit bedingten Verlusts einiger seiner besten Köpfe, immer wieder das intellektuelle und politische Potential aufblitzen, das ihm innewohnte.

Am Ende stand eine Mischung aus Enttäuschung und Wehmut, die noch deutlicher spürbar wurde als jene Mischung von „Haß und Unverständnis“, die Aleide De Gasperi in seiner das Wesen einer Abschiedsrede erfüllenden großen Rede vom 4. Oktober 1918 diagnostizierte und die natürlich auch vorhanden war. Wenn De Gasperi darin, an die Regierung gerichtet, ein Zeichen der Reue einforderte und gleichzeitig postulierte, „es sei der psychologische Moment gekommen, wo die Menschen ... das Bedürfnis fühlen, einen Akt... der Versöhnung zu machen“, dann konnte dies für ihn nur noch Versöhnung über eine Grenze hinweg sein, über eine emotionale Grenze, die bereits gezogen, und eine politische, die zu ziehen war. Dass die politischen, dass die territorialen Grenzen, die nach Ende des Ersten Weltkrieges gezogen wurden, geeignet waren, neuen Hass und neues Unverständnis auszulösen, sollte auch De Gasperis weiteren politischen Lebensweg belasten.





## **Tafel 1 - Aleide De Gasperis intellektuelle Entwicklung**

Aleide De Gasperi ist ein Kind der Trentiner Bergwelt in ihrer schroffen Schönheit, und wenn die Landschaft den Menschen formt, dann mag diese Herkunft dazu beigetragen haben, dass Grundsatztreue, Beharrlichkeit und Selbstdisziplin zu jenen Charakterzügen zählen, die bereits in seiner Jugend an ihm merkbar geworden sind. Am 3. April 1881 wurde Aleide De Gasperi, der seinen Familiennamen bis 1918 in der Form „Degasperi“ schrieb, als Sohn eines k.k. Gendarmerie-Wachtmeisters in Pieve Tesino, einem kleinen, auf rund 900 m Seehöhe gelegenen Ort in der Nähe von Trient, geboren. Sparsamkeit war geboten, um Aleide und seinen beiden Brüdern eine höhere Schulbildung und ein akademisches Studium zu ermöglichen. In der alten Konzilsstadt Trient, wohin sein Vater versetzt worden war, besuchte Aleide zunächst das bischöfliche und dann das staatliche Gymnasium, wo er 1900 maturierte. An beiden Schulen war die Unterrichtssprache Italienisch; eine italienischsprachige Universität existierte in der Österreichisch-ungarischen Monarchie jedoch nicht, sodass Aleide De Gasperi im Wintersemester 1900/01 die Wiener Universität bezog, um hier an der Philosophischen Fakultät deutsche und romanische Philologie zu studieren. Unter materiellen Entbehrungen absolvierte er sein Studium in fünf Jahren erfolgreich und fand daneben noch Zeit, sich immer stärker, zunächst im Rahmen studentischer Verbindungen, politisch zu engagieren. In diesem Engagement zeigte er sich bereits vom Geist der katholischen Soziallehre beseelt, die ihm zeit seines Lebens politisches Leitbild bleiben sollte.

### 1.1

#### Lebenslauf

in deutscher Sprache, handgeschrieben, 1905

Prägnant fasst Aleide De Gasperi in seinem 1905 zusammen mit seiner Dissertation vorgelegten Lebenslauf seine bis dahin wichtigsten Lebensstationen zusammen.

## 1.2

### Die Familie De Gasperi

Ein während Aleide De Gasperis Studienzeit entstandenes Familienphoto zeigt (v.l.n.r.) seine Schwester Marcella, Aleide, seine Mutter Maria, seinen Bruder Mario, seinen Vater Amedeo und seinen Bruder Augusto.

Photo Anfang 20. Jahrhundert, Archivio Maria Romana De Gasperi - Famiglia De Gasperi, Rom (AMRDG)

## 1.3

### Attestato di Maturità - Maturitätszeugnis

Im Juli 1901 legte Aleide De Gasperi am k.k. Staats-Obergymnasium in Trient die Reifeprüfung ab.

Archiv der Universität Wien

## 1.4

### Studentenheim De Gasperis

Das Gebäude des Studentenheims des Asylvereins der Wiener Universität in der Porzellangasse Nr. 30 im IX. Wiener Gemeindebezirk, in welchem auch Aleide De Gasperi Aufnahme fand, hat sich in den vergangenen hundert Jahren äußerlich nur wenig verändert.

### 1.4.1

Das Haus Porzellangasse Nr. 30, Wien IX.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 1.4.2

Das Haus Porzellangasse Nr. 30 im Jahre 2004

Parlamentsdirektion

1.5

Nationale - Wintersemester 1902/03

In seinen Universitätsstudien befasste sich De Gasperi gleichermaßen mit deutscher und romanischer Literaturgeschichte und Sprachwissenschaft, wie auch sein universitäres Stammdatenblatt, sein sogenanntes Nationale, für das Wintersemester 1902/03 zeigt.

Archiv der Universität Wien

1.6

Jakob Minor

De Gasperis „Doktorvater“ war der bedeutende Literaturhistoriker Jakob Minor (1855-1912), der ihm tiefe Einblicke in die Dichtung der deutschen Klassik und Romantik eröffnete.

Radierung von Ludwig Michalek, Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

1.7

Rigorozen-Protokoll

Nachdem er in seiner Dissertation den Einfluss des venezianischen Komödiendichters Carlo Gozzi auf die deutsche Klassik dargestellt und damit ein Thema im Übergangsfeld der beiden ihm vertrauten Kulturräume behandelt hatte, legte De Gasperi zu Ende des Sommersemesters 1905 die Rigorozen ab.

Archiv der Universität Wien

1.8

Promotions-Protokoll

Mit seiner Promotion am 19. Juli 1905 endete Aleide De Gasperis Studienzeit.

Archiv der Universität Wien

1.9

Seine Studienzeit war für De Gasperi mit entscheidenden intellektuellen Prägungen verbunden, auch für sein künftiges politisches Selbstverständnis:

„Aus DER UNIVERSITÄT GEHT MAN ALS FERTIGER DEMOKRAT ODER ALS ARISTOKRAT HERVOR.“

## Tafel 2 - Aleide De Gasperis Weg in die Politik

Die säkulare Bewegung des Liberalismus, die sich in Wirtschaft und Politik im Verlaufe des 19. Jahrhunderts Bahn gebrochen hatte, hatte eine ebenso säkulare, doch zwiegespaltene Gegenbewegung ausgelöst: zunächst den Marxismus, dann - und auch in Reaktion auf ihn - die christliche Soziallehre. „Rerum novarum“ hatte einen neuen Weg gewiesen, aus christlicher Weltanschauung Politik für die Menschen zu machen, und eine ganze Generation junger Christen folgte diesem Weg in Begeisterung; ihr gehörte auch Aleide De Gasperi an. Bereits als Schüler und Student zeigte er sich von der Sozialenzyklika Papst Leos XIII. tief beeindruckt, und bald nahm er aktiven Anteil an der trentinischen christlichsozialen Bewegung, die sich vorerst vor allem im Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen manifestierte. Auf beiden Ebenen wirkte auch De Gasperi, insbesondere aber natürlich in der Studentenbewegung, sowohl in der Unione Accademica Cattolica Italiana als auch in der Associazione Universitaria Cattolica Trentina in Wien. Und als sich 1904 in der Unione politica popolare del Trentino (bald kurz Partito popolare genannt) die italienische christlichsoziale Bewegung auch eine Parteiorganisation gab, engagierte er sich in ihr von Anfang an, im Reichsratswahlkampf 1907 bereits in führender Rolle; 1909 wurde er in den Gemeinderat von Trient gewählt. Dass er immer mehr zur Stimme dieser Bewegung wurde, hatte er nicht zuletzt seinem Förderer, dem Fürstbischof Celestino Endrici, zu danken, der ihm unmittelbar nach seinem Studienabschluss die Leitung der Diözesanzeitung „La voce cattolica“ übertrug, für die er schon zuvor viel geschrieben hatte; unter dem Namen „Il Trentino“ machte De Gasperi das Blatt zum Zentralorgan der italienischen Volkspartei.

### 2.1

*„Aus der Universität geht man als fertiger Demokrat oder als Aristokrat hervor.“*

#### Programm der Trentiner Studentischen Katholiken

Die 1899 gegründete Associazione Accademica Cattolica Italiana wählte Aleide De Gasperi 1901 zu ihrem Vorsitzenden; in den programmatischen Worten, die er im

Folgejahr an ihre Mitglieder richtete, nahm De Gasperi auf die Menschenbildung in christlich-demokratischem Geist als besondere Herausforderung für die studentische Lebensphase Bezug.

La voce cattolica, 1.-2. September 1902

## 2.2

### Studentenversammlung, Unione Accademica Cattolica Italiana

Auch der bereits 1896 gegründeten Unione Accademica Cattolica Italiana in Wien trat De Gasperi bei; das Gruppenbild zeigt ihn als Ersten von links.

Photo aus dem Jahr 1900, AMRDG

## 2.3

### „Die Unruhen in Innsbruck“ von R. Salvadori

Verwüstung der italienischen Fakultät in der Willenstrasse

In Innsbruck, an dessen Universität seit langem juristische Vorlesungen in italienischer Sprache gehalten worden waren, sollte mit dem Wintersemester 1904/05 eine italienische Rechtsfakultät eröffnet werden, was Straßentumulte in national aufgeheizter Atmosphäre verhinderten; Aleide De Gasperi, mit anderen italienischen Studenten zur Verteidigung der Fakultät gegen deutschnationale Kräfte angereist, wurde für 20 Tage inhaftiert.

L'illustrazione Italiana, 13. November 1904

## 2.4

### Italienische Studenten in Innsbruck

Die Aufnahme aus dem Jahr 1905 zeigt Aleide De Gasperi (als Zweiten von links) im Kreise italienischer Studenten in Innsbruck; unter ihnen befindet sich auch sein späterer großer politischer Kontrahent Cesare Battisti (Zweiter von rechts).

Photo aus dem Jahr 1905, AMRDG

## 2.5

Christlich-soziale Arbeit in Italienisch-Südtirol

Als katholischer Journalist kam De Gasperi schon während seiner Studienzeit in Kontakt mit Friedrich Funder, dem Herausgeber der „Reichspost“, der ihn einlud, für die Jubiläumsausgabe zum zehnjährigen Bestand des Blattes einen Beitrag über die Trentiner christlichsoziale Bewegung zu verfassen.

Reichspost, 1. Jänner 1904, S. 1, 14

## 2.6

Fürstbischof Celestino Endrici

Im Alter von nur 38 Jahren bestieg Celestino Endrici 1904 den Thron des Fürstbischofs von Trient; seit langem der erste Trentiner in dieser Funktion, erwies er sich als Protektor der italienisch-nationalen autonomistischen, ja der irredentistischen Bewegung ebenso wie als Vorkämpfer der christlichen Sozialreform und als persönlicher Förderer Aleide De Gasperis.

Bildarchiv der Österreichische Nationalbibliothek

## 2.7

Nationalitäten- und Sprachen-Karte von Tirol und Vorarlberg

Den ethnopolitischen Hintergrund für Aleide De Gasperis politischen Werdegang bildete seine Herkunft aus dem Trentino, dem nahezu geschlossen italienischsprachigen südlichen Landesteil Tirols, der offiziell als „Welschtirol“ bezeichnet wurde.

Prof. A.L. Hickmann's Geographisch-statistischer Taschen-Atlas von Österreich-Ungarn, 3. Auflage, Wien/Leipzig o. J. (1910), Tafel 25

## 2.8

Aleide De Gasperi als Kandidat für die Reichsratswahl 1911



Für die Reichsratswahl 1911 stellte die Volkspartei den soeben wählbar gewordenen Aleide De Gasperi als ihren Kandidaten im Landgemeindewahlkreis Tirol 22 auf, der die Gerichtsbezirke Fassa, Primiero, Civezzano und Cavalese umfasste.

II Trentino, 13. Mai 1911

## **2.9**

### Das persönliche Wahlergebnis von Aleide De Gasperi

In seinem Wahlkreis wurde De Gasperi mit 3.116 von 4.177 gültigen Stimmen zum Reichsratsabgeordneten gewählt.

II Trentino, 14. Juni 1911

## 2.10

### Aleide De Gasperi

Der junge Politiker

Photo vor 1911

### **Tafel 3 - Das Abgeordnetenhaus des Reichsrates in der XXI. und XXII. Session** **- Wahl und Zusammensetzung**

Die Reichsratswahlen des Jahres 1911 kamen unerwartet: Mehr als zwei Jahre vor Ablauf der XL Wahlperiode hatte Ministerpräsident Baron Bienerth am 30. März den Reichsrat aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Bienerth hatte versucht, sich mit seinem um Vertrauensmänner der großen Parlamentsfraktionen ergänzten Beamtenkabinetts auf eine parlamentarische „Arbeitsmajorität zu stützen, aus der jetzt die Polen auszuscheren drohten. In den meisten Kronländern, so auch in Tirol, fanden die Neuwahlen am 13. Juni, die Stichwahlen, sofern erforderlich, am 20. Juni 1911 statt. Die Wahlen brachten keinen Umsturz in den Stärkeverhältnissen der Parteien, jedoch einige merkbare Veränderungen, insbesondere eine schwere Niederlage der Christlichsozialen in Wien. Der Deutsche Nationalverband zog mit 99 Mandaten als stärkste Fraktion in das Abgeordnetenhaus der XII. Wahlperiode ein und löste in dieser Rolle die Christlichsozialen ab; er stellte daher auch den Präsidenten des Hauses. Soziologisch bedeutsam war die durch die Neuwahlen herbeigeführte starke Verjüngung des Abgeordnetenhauses, in das 177 neue Abgeordnete gewählt worden waren; damit war jene Politikergeneration ins Parlament eingerückt, die nach dem Ende der Monarchie in deren Nachfolgestaaten die ganze Zwischenkriegszeit hindurch führende politische Positionen einnehmen sollte, und einer von ihnen sollte gar erst nach dem Zweiten Weltkrieg den Zenith seiner politischen Laufbahn erreichen: Das drittjüngste Mitglied des neu gewählten Abgeordnetenhauses, nur drei Tage älter als der jüngste Abgeordnete, war der gerade dreißigjährige und damit wählbar gewordene Alcide De Gasperi.

#### **3.1**

##### **Der Wahltag in Österreich.**

Ein Blick in den Arbeitssaal des Zentralwahlkatasters im Wiener Rathaus

Organisatorische Wahlvorbereitungen: im Zentralwahlkataster im Wiener Rathaus werden Wählerlisten aufgelegt und Einsprüche behandelt.

Das interessante Blatt, Nr. 24, 15 Juni 1911, S. 8

### 3.2

#### Wahlkarte

Die Wahlkarte zeigt die Wahlkreis- und Mandatsverteilung bei den Reichsratswahlen 1911 und damit die ethnopolitisch fundierten regionalen Schwerpunktbildungen der Parteien.

Fritz Freund, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911-1917, XII. Legislaturperiode, Wien 1911

### 3.3

#### Einige der neugewählten Abgeordneten

Die neue Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses fand große Aufmerksamkeit in den Medien.

Das interessante Blatt, Nr. 29, 20. Juli 1911, S. 7 - Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 3.4

#### Das 2. Volkshaus. Eine Sitzung des österreichischen Parlaments

Am 21. Juli 1911 fand die Eröffnungssitzung des neuen Abgeordnetenhauses statt, in welcher Julius Sylvester zum Präsidenten gewählt wurde.

Das interessante Blatt, Nr. 30, 27. Juli 1911, S. 1 - Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 3.5

#### Die Sommersession des Parlaments.

Der Präsident und die Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses umfasste Vertreter der drei großen deutschen Fraktionen und von sechs der acht anerkannten Nationalitäten; die

Kroaten sahen sich durch den slowenischen, die Rumänen durch den italienischen Vizepräsidenten mitvertreten.

Das interessante Blatt, Nr. 31, 3. August 1911, S. 5 - Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 3.6

#### Berufsstruktur

Der Berufsstruktur nach zeigt sich, durchaus der wirtschaftlichen Struktur der meisten Kronländer entsprechend, im Abgeordnetenhaus weiterhin eine Dominanz der Landwirte; überproportional vertreten sind die immer schon stark in die Politik tendierenden Berufe der Rechtsanwälte und Notare, der Journalisten und der Beamten.

Fritz Freund, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911-1917, XII. Legislaturperiode, Wien 1911, S. 202

### 3.7

Die aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahr 1861 von den Abgeordneten bezogenen Taggelder oder Diäten, welche seit 1874 noch durch Reisekostenentschädigungen für die nicht in Wien und dessen Vororten wohnenden Abgeordneten gemehrt wurden, bildeten eine unerschöpfliche Quelle des Stoffs für die politische Karikatur.

#### 3.7.1

#### Taggelder und Reisegebühren für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrates

Gesetz vom 7. Juni 1861, RGBJ. Nr. 63

#### 3.7.2

#### Im neuen Abgeordnetenhaus

Minister. Wir werden leider die Tagung des Parlaments verlängern müssen!

Kikeriki, Nr. 46 vom 8. Juni 1911, S. 4

### 3.7.3

#### Rückblick auf die Sommersession des Parlaments

Kikeriki, Nr. 62 vom 3. August 1911, S. 2

### 3.7.4

#### Wie sich der Reichsratsabgeordnete Monetenreißer die Pauschalierung der Diäten vorstellt

Kikeriki, Nr. 65 vom 13. August 1911, S. 2

### 3.7.5

#### Schad', daß aus der Sommersession des Reichsrates nichts geworden ist!

Kikeriki, Nr. 24 vom 13. Juni 1914, S. 2

### 3.8

#### Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus des Reichsrates.

Beschlossen am 2. März 1875. Mit den Aenderungen vom 16. Juli 1908 und vom 22. Dezember 1909.

Grundlage des parlamentarischen Verfahrens bildete die Geschäftsordnung, die erst 1909 unter Aufsehen erregenden Umständen in einer 86stündigen Sitzung des Abgeordnetenhauses um Instrumente gegen die sogenannte „technische Obstruktion“ ergänzt worden war.

Parlamentsarchiv

### 3.9

#### Raumverteilung im ersten Stock des Parlamentsgebäudes

Die räumliche Infrastruktur des Parlamentsgebäudes war insbesondere für das seit 1907 516 Mitglieder umfassende Abgeordnetenhaus sehr knapp bemessen; der Plan zeigt die Raumverteilung im ersten Stock des Parlamentsgebäudes.

Parlamentsarchiv

### 3.10

Noch knapper als die räumliche war die personelle Infrastruktur der Parlamentsverwaltung bemessen; umso wichtiger war die Stellung der leitenden Parlamentsbeamten, die den Präsidenten in der Handhabung der Geschäftsordnung unterstützten.

#### 3.10.1

Archivdirektor Dr. Neisser

Parlamentsdirektion

#### 3.10.2

Josef Kupka

Regierungsrat

H. Leoster, Das Hohe Haus in der Karikatur. Max und Moritz im Parlament. Wien 1913



## Tafel 4 - Das Abgeordnetenhaus des Reichsrates in der XXL und XXII. Session - Leitfiguren

Die große Reichsratswahlreform 1907 hatte nicht nur die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts, sondern auch die „slawische Mehrheit“ im Abgeordnetenhaus gebracht: Nach der Wahlkreiseinteilung fielen dem „slawischen Block“ 259, dem „deutsch-romanischen Block“ 257 Mandate zu. Indes handelte es sich dabei in der praktischen Politik natürlich nicht um „Blöcke“, was allein schon strukturelle Konflikte wie jene zwischen Polen und Ruthenen sicher verhinderten. Auch machten sich innerhalb der verschiedenen ethnischen Gruppen regionale und soziale Gegensätze immer stärker bemerkbar - dennoch war es letztlich die Nationalitätenfrage, anhand deren sich Fraktionen und Koalitionen im Abgeordnetenhaus formierten. Anders als seine Amtsvorgänger Bienerth und Gautsch suchte freilich der neue, im November 1911 berufene Ministerpräsident Graf Stürgkh, der für seine Skepsis dem Parlament gegenüber bekannt war, nicht nach einer beständigen „Arbeitsmajorität“, wenn er sich auch insgesamt überwiegend auf die gesellschaftspolitisch konservativen Kräfte im Reichsrat zu stützen vermochte. Als die böhmische Krise im März 1914 neuerlich die Obstruktion im Abgeordnetenhaus wachzurufen schien, reagierte Stürgkh mit Vertagung, aufweiche nach Sarajevo die Schließung der XXI. Session und der „Kriegsabsolutismus“ folgten. Erst nach der Ermordung Stürgkhs und dem Tod Kaiser Franz Josephs berief der junge Kaiser Karl den Reichsrat für Mai 1917 noch einmal ein, zu seiner XXII. und letzten Session, in deren Verlauf er nicht nur als Ventil für die wachsende Unzufriedenheit, sondern auch als Forum für beachtenswerte Diskurse über eine Staatsreform diente, für welche es freilich zu spät war. Immerhin wurde zum Ausklang des altösterreichischen Parlamentarismus noch einmal sichtbar, welches intellektuelle Potential diesem Parlament innewohnte, in dem die wichtigsten „politischen Köpfe“ Österreichs versammelt waren.

### **4.1**

Als stärkste Fraktion stellte der Deutsche Nationalverband den Präsidenten des Abgeordnetenhauses; in der XXI. Session bekleidete einer der profiliertesten



Deutschnationalen aus den Alpenländern, der Salzburger Rechtsanwalt Julius Sylvester, dieses Amt.

#### 4.1.1

##### Dr. Julius Sylvester

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.1.2

##### Zur Parlamentseröffnung

Präsident Sylvester hat sich aus Salzburg seine eigenen Glocken mitgebracht

Kikeriki, Nr. 80 vom 5. Oktober 1911, S. 2

#### 4.2

Unumstrittene Leitfigur, ja liebevoll „Papa Groß“ genannte Vaterfigur des Nationalverbandes und in der XXI. Session sein Klubobmann war der Obmann der mährischen Fortschrittspartei und des Deutschen Schulvereins Gustav Groß, Universitätsprofessor für Nationalökonomie in Wien; in der XXII. Session Präsident des Abgeordnetenhauses, sollte es ihm zufallen, dessen letzte Sitzung am 12. November 1918 zu leiten.

#### 4.2.1

##### Dr. Gustav Groß

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses der XXII. Session mit Präsident Dr. Groß

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.2.2

##### Durch den neuen Parlamentspräsidenten Doktor Groß

fühlt sich Vizepräsident Pernerstorfer trotz eigener Lichtquelle in den Schatten gestellt

Kikeriki, Nr. 26 vom 1. Juli 1917, S. 7

#### 4.3

Die Sozialdemokratie verstand sich im Abgeordnetenhaus als strukturelle Opposition und blieb doch bis zuletzt loyal zum Staat; der aus großbürgerlichen Verhältnissen stammende Arzt Viktor Adler hatte die zunächst organisatorisch zersplitterte österreichische Sozialdemokratie 1889 geeint und doch nicht verhindern können, dass sie in der Stunde des Triumphs, nach Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts 1907, in Nationalitätenfraktionen zerfiel.

##### 4.3.1

Viktor Adler

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

##### 4.3.2

Viktor Adler im Kreise anderer Reichsratsabgeordneter

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.4

Jodok Fink

Die Christlichsozialen befanden sich nach der Eingliederung der alpenländischen Katholisch-Konservativen im Jahre 1907 und der 1911 erlittenen Wahlniederlage in Wien inmitten eines Umstrukturierungsprozesses zu einer agrarisch dominierten Partei; zu den im Klub tonangebenden Vertretern der Alpenländer zählte der Vorarlberger Bauer Jodok Fink, der sich als Vizekanzler in den Gründungsjahren der Republik große Verdienste um deren Konstituierung erwerben sollte.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.5

### Leon Ritter von Bilinski

Seit vielen Jahrzehnten war der Polenklub durch seine Geschlossenheit einer der wichtigsten Machtfaktoren im Abgeordnetenhaus gewesen, zugleich eine unverzichtbare Stütze vieler Regierungen; dies änderte sich erst zu Beginn der XXII. Session, und im Zusammenhang damit trat der bis dahin einflussreichste polnische Politiker, Leon Ritter von Bilinski, von seiner Funktion als Klubobmann zurück, die er, unterbrochen nur durch seine Tätigkeit als Reichsfinanzminister, seit 1911 innegehabt hatte.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.6

### Ignacy Daszyhski

Als einer der besten Redner im Abgeordnetenhaus galt Ignacy Daszyhski, Gründer und Leitfigur der polnischen Sozialdemokraten, der auch zu einer Schlüsselfigur bei der Gründung der unabhängigen Republik Polen und kurzzeitig ihr erster Ministerpräsident werden sollte.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.7

### Karel Kramäř

Der einflussreichste tschechische Politiker im Abgeordnetenhaus war der Jungtscheche Karel Kramäř; durch ein Militärgericht 1916 zum Tode verurteilt und von Kaiser Karl amnestiert, war er seines Abgeordnetenmandats verlustig gegangen und arbeitete fortan auf die Gründung einer unabhängigen Tschechoslowakischen Republik hin, die er als ihr erster Ministerpräsident aus der Taufe heben sollte.

Das interessante Blatt, Nr. 25, 22. Juni 1911, S. 9- Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

## 4.8

Vaclav Klofee

Einen radikaleren Kurs als Kramäť verfolgte der tschechisch-nationalsoziale Parteiführer Vaclav Klofáč, dem 1916 wie jenem ein Verfahren vor einem Militärgericht gemacht wurde; an der Gründung der Tschechoslowakischen Republik sollte er als ihr erster Verteidigungsminister Anteil haben.

Fritz Freund, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911-1917, XII. Legislaturperiode, Wien 1911

## 4.9

Thomas Garrigue Masaryk

Als einziger Abgeordneter seiner tschechischen Fortschrittspartei hatte der Philosoph Thomas Garrigue Masaryk nur geringes parteipolitisches, doch umso größeres intellektuelles Gewicht; nachdem er 1915 nach London gegangen war und dort begonnen hatte, eine Exilregierung aufzubauen, wurde ihm sein Reichsratsmandat aberkannt, er jedoch zur Verkörperung der Idee einer unabhängigen Tschechoslowakischen Republik, deren erster und langjähriger Staatspräsident er werden sollte.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

## 4.10

Ivan Sustersic

Dem Laibacher Rechtsanwalt Ivan Sustersic, dem Obmann der Slowenischen Volkspartei, war es vorübergehend gelungen, alle südslawischen Abgeordneten in einem Klub zu vereinen; seine Ernennung zum Landeshauptmann von Krain im Jahre 1912 war Gipfel und Wendepunkt seiner politischen Karriere, weil er von da an durch radikalere Kräfte in Partei und Klub an den Rand gedrängt wurde.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

#### 4.11

##### Konstantin Lewickyj

Präsident des Ukrainischen Verbandes war der Lemberger Rechtsanwalt Konstantin (Kost') Lewickyj als Vertreter der stärksten ruthenischen Partei, der Nationaldemokraten.

Das interessante Blatt, Nr. 28, 13. Juli 1911, S. 7

#### 4.12

##### Theophil Simionovici

Obmann des Rumänenklubs, der mit den italienischen Abgeordneten in der Unio latina lose verbunden war, war der rumänischnationale Abgeordnete Theophil Simionovici, Oberlandesgerichtsrat in Czernowitz.

Das interessante Blatt, Nr. 25, 22. Juni 1911, S. 10

## **Tafel 5 - Die italienischen Reichsratsabgeordneten**

Immer schon waren die Italiener im Abgeordnetenhaus überproportional vertreten gewesen, und dies galt, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, auch nach der großen Wahlreform 1907. Dass sie unter allen acht anerkannten Nationalitäten die am meisten begünstigte Stellung genossen, zeigt am deutlichsten das Verhältnis von Mandats- und Einwohnerzahl: bei den Italienern entfiel im Durchschnitt ein Mandat auf 38.000 Einwohner, bei den Deutschen auf 40.000; am anderen Ende der Skala lagen die Ruthenen mit einer Verhältniszahl von 102.000! Die Wahlkreisgrenzen waren so gezogen, dass die Abgeordnetenmandate eindeutig einer bestimmten Nationalität zuzuordnen waren. Demzufolge entfielen auf die Italiener 19 Mandate, davon neun aus Welschtirol, vier aus Triest und je drei aus Istrien sowie Görz und Gradiska. Diese Mandate verteilten sich auf drei politische Parteien, Volkspartei, Nationalliberale und Sozialdemokraten; die noch junge katholische Volkspartei nahm, vor allem durch ihre Verankerung in den ländlichen Regionen, unter diesen Parteien seit 1907 die führende Rolle ein, während in den Städten Liberale und Sozialdemokraten, also Bürgertum und Arbeiterschaft, um die Mandate rangen. 1911 entfielen zehn der 19 italienischen Mandate auf die Volkspartei, sechs auf die Liberalen und drei auf die Sozialdemokraten; während die beiden erstgenannten Gruppierungen sich mit einander - und mit dem Rumänenklub - in der Unio latina verbanden, schlossen sich die drei Sozialdemokraten als Hospitanten dem Klub der deutschen Sozialdemokraten an.

### 5.1

#### **Sitzplan des Abgeordnetenhauses des Reichsrates, November 1911**

Parlamentsarchiv

### 5.2

Die 19 italienischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus des Jahres 1911

#### 5.2.1 -5.2.19

## Einzelbiographien

Fritz Freund, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911-1917, XII. Legislaturperiode, Wien 1911

### 5.3

#### Wahlkarte

Die 19 italienischen Wahlkreise verteilten sich auf Welschtirol, Triest, Istrien sowie Görz und Gradiska.

G. Freytag's Reichsrats-Wahlkarte von Österreich 1911 (Freytag & Berndt, Wien)

### 5.4

#### Klubverzeichnis vom Oktober 1911

Italienische Volkspartei und liberale Italiener bildeten gemeinsam mit den rumänischen Abgeordneten die Unio latina, die freilich nur losen Zusammenhalt aufwies.

Klubs des Abgeordnetenhauses, XXI. Session, 1. Ausgabe, Oktober 1911, Parlamentsarchiv

### 5.5

#### Dr. Enrico Conci

Klubobmann der Italienischen Volkspartei und zugleich ihr erfahrenster Mandatar war Enrico Conci, beruflich als Rechtsanwalt in Innsbruck tätig; lange Zeit loyaler Autonomist, begann er sich erst gegen Ende des Weltkriegs im irredentistischen Sinn zu äußern und wurde einer Rede wegen, die er anlässlich der Feier des 50jährigen Bestandes des Tschechischen Nationaltheaters in Prag im Mai 1918 hielt, seiner Funktion als Landeshauptmannstellvertreter von Tirol enthoben.

H. Leoster, Das Hohe Haus in der Karikatur. Max und Moritz im Parlament. Wien 1913

### 5.6

Valerian Freiherr von Malfatti

Valerian Freiherr von Malfatti, der bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert dem Abgeordnetenhaus angehörte, war Gutsbesitzer und Bürgermeister von Rovereto, zugleich der letzte verbliebene Welschtiroler Liberale und Obmann des Klubs der liberalen Italiener; als Landeshauptmannstellvertreter von Tirol war er Amtsvorgänger Concis.

H. Leoster, Das Hohe Haus in der Karikatur. Max und Moritz im Parlament. Wien 1913

## 5.7

Zum Märtyrer des Trentiner Irredentismus wurde der Sozialdemokrat und Trienter Abgeordnete Cesare Battisti, der als Geograph in seinen Schriften daran gearbeitet hatte, das Trentino als geographische und in weiterer Folge als politische Einheit zu konstituieren; nach Kriegseintritt Italiens in die italienische Armee eingetreten, wurde er 1916 gefangengenommen, von einem Militärgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und gehenkt.

### 5.7.1

#### Cesare Battisti

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 5.7.2

#### Battisti als Gefangener

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 5.7.3

#### Battisti als Gefangener zum Richtplatz geführt

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

## 5.8



Kernanliegen der italienischen Abgeordneten war seit vielen Jahren die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät, vorzugsweise in Triest; mit der Beschlussfassung über eine entsprechende Vorlage durch den Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses am 14. Februar 1913 waren sie diesem Ziel sehr nahe gekommen, doch verhinderte die Vertagung des Reichsrates im März 1914 eine Verabschiedung des Gesetzes.

#### 5.8.1

##### Glückliche Reise!

Kikeriki, Nr. 60 vom 27. Juli 1911, S 4

#### 5.8.2

##### Amtliches Protokoll des Budgetausschusses über die Sitzung am 14. Februar 1913

Parlamentsarchiv

#### 5.8.3

##### Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung einer selbständigen rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät mit italienischer Vortragssprache in Wien (Nr. 11 der Beilagen -XXI. Session 1911)

1916 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses -XXI. Session

## **Tafel 6 - Aleide De Gasperis Tätigkeit im Abgeordnetenhaus der XXI. Session**

Als Aleide De Gasperi am 17. Juli 1911, in der konstituierenden Sitzung der XXI. Session, seinen Sitz im Abgeordnetenhaus des Reichsrates einnahm, war er der jüngste italienische Abgeordnete. Damit war traditionsgemäß die Verpflichtung verbunden, als provisorischer Schriftführer die Angelobungsformel in der Sprache seiner Volksgruppe zu verlesen. Als jüngstes Mitglied seiner Fraktion kam er andererseits in den Plenardebatten nicht oft zu Wort; wenn das Haus beschloss, die Debatte zu schließen, konnten die zum Wort gemeldeten Pro- bzw. Kontra-Redner nur mehr jeweils einen Generalredner namhaft machen, und dies war zumeist ein erfahrener und prominenterer Abgeordneter, während die übrigen Wortmeldungen verfielen. So konnte De Gasperi im Verlauf der insgesamt 204 Plenarsitzungen der XXI. Session, bis zur Vertagung am 16. März 1914, nur zweimal das Wort ergreifen. Auch im Gewerbe- und im Pressausschuß, denen er vorübergehend angehörte, spielte er nur eine untergeordnete Rolle. Immerhin wurde er zweimal in die Reichsratsdelegation gewählt. Inhaltlich galt De Gasperis Engagement vor allem sozialpolitischen Fragen, insbesondere in Angelegenheiten der Notstandsunterstützung für Trentiner Gemeinden wurde er wiederholt aktiv; doch auch mit den ethnopolitischen Kernanliegen seiner Volksgruppe wie der italienischen Rechtsfakultät befasste er sich. Insgesamt war die XXI. Session für De Gasperi eine weitere Phase des Lernens, nunmehr parlamentarischer Gepflogenheiten, und eine Phase intensiver politischer Öffentlichkeitsarbeit: seine politischen Kommentare, insbesondere im „Il Trentino“, bildeten weiterhin den Schwerpunkt seiner Tätigkeit, hatten aber, da nun aus der Innensicht des parlamentarischen Geschehens erfließend, an Authentizität gewonnen.

### 6.1

Nachdem Aleide De Gasperi 1911 vorübergehend Quartier im Hotel Höller in der Burggasse 2 im VII. und 1912 in einer Wohnung in der Josefstädterstraße 9 im VIII. Wiener Gemeindebezirk genommen hatte, bezog er 1913 eine Wohnung im Haus Faßziehergasse 7 im VII. Bezirk, an dessen Fassade heute eine Gedenktafel an seinen Aufenthalt erinnert.

### 6.1.1

#### Faßziehergasse 7, Wien VII.

Parlamentsdirektion

### 6.1.2

#### Gedenktafel am Haus Faßziehergasse 7, Wien VII.

Parlamentsdirektion

### 6.2

#### Parlamentarische Aktivitäten Aleide De Gasperis in den Jahren 1911-1914

Im Index zu den Stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses der XXI. Session sind De Gasperis parlamentarische Funktionen und Aktivitäten verzeichnet.

Index zu den Stenographischen Protokollen des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates. (12. Wahlperiode.) XXL Session. 17. Juli 1911 bis 25. Juli 1914 (Wien 1914), S. 82

### 6.3

#### Die Angelobung der Abgeordneten

In der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Juli 1911 oblag es Aleide De Gasperi, die Angelobungsformel in italienischer Sprache zu verlesen.

Stenographisches Protokoll der 1. (Eröffnungs-)Sitzung der XXI. Session am 17. Juli 1911, S. 4-5

### 6.4

#### Konstituierende Sitzung des Gewerbeausschusses, Anwesenheitsliste

Die Anwesenheitsliste der konstituierenden Sitzung des Gewerbeausschusses trägt auch De Gasperis Unterschrift.

Parlamentsarchiv

## 6.5

### Der erste Antrag Aleide De Gasperis im Abgeordnetenhaus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Degasperi und Genossen betreffend Elementarschäden (*italienisch/deutsch*)

Bereits wenige Tage nach Beginn der Session brachte De Gasperi seinen ersten Dringlichkeitsantrag ein, der auf die Gewährung von Notstandsunterstützung für eine von einer Brandkatastrophe betroffene Gemeinde seines Wahlkreises abzielte.

Abgeordnetenhaus, XXL Session, Nr. 464 vom 26. Juli 1911

## 6.6

Dringlichkeitsanträge in Notstandsangelegenheiten wurden vom Notstandsausschuss geprüft und, wenn sie von diesem für gerechtfertigt befunden wurden, vom Plenum der Regierung zur Berücksichtigung zugewiesen.

### 6.6.1

Dringlichkeitsantrag in Notstandsangelegenheiten des Abg. Dr. A. Degasperi und Genossen betr. die Brandkatastrophe in der Gemeinde Canazei, Ortschaft Gries, Bezirk Cavalese

Abgeordnetenhaus, XXI. Session, Nr. 1677 vom 25. April 1912

### 6.6.2

Abgeordnetenhaus, XXI. Session, Stenographisches Protokoll der 105. Sitzung vom 5. Juli 1912

S 5279-5282

## 6.7

Rede De Gasperis in der Verhandlung über die Teuerung

Seine „Jungfernrede“ im Abgeordnetenhaus hielt Aleide De Gasperi am 25. Oktober 1911, in der sich über nicht weniger als sieben Sitzungen hinziehenden ersten Lesung mehrerer Anträge betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung.

Abgeordnetenhaus, XXI. Session, Stenographisches Protokoll der 14. Sitzung vom 13. Oktober 1911, S. 918-920

## 6.8

### Rede De Gasperis in der Verhandlung über die italienische Rechtsfakultät

Seine zweite Rede im Abgeordnetenhaus hielt De Gasperi als Generalredner pro in der ersten Lesung der Regierungsvorlage über die Errichtung der italienischen Rechtsfakultät am 25. Oktober 1911.

XXI. Session, Stenographisches Protokoll der 20. Sitzung vom 25. Oktober 1911, S. 1171-1173

## 6.9

### Rede de Gasperis vor der Reichsratsdelegation

In seiner Rede vor der Reichsratsdelegation am 8. Oktober 1912 legte De Gasperi eine Analyse des italienischen Irredentismus, den er als Reaktion auf Germanisierungsbestrebungen interpretierte, und der Wechselwirkung zwischen innerer und äußerer Politik vor.

Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegation des Reichsrates. Sechsendvierzigste Session. Wien 1911/12. Wien 1912, S. 334-337

## 6.10

### Interpellation des Abg. Dr. Degasperi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister und an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die sprachlichen Verhältnisse auf der italienischen Strecke der k. k. priv. Südbahngesellschaft

In einer parlamentarischen Anfrage mahnte De Gasperi die Verwendung der italienischen anstelle deutscher Ortsnamen im Bahnverkehr ein.

Abgeordnetenhaus, XXI. Session, 3842/J

#### 6.11

Interpellation des Abg. Dr. Degasperi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Dringlichkeit einer Abänderung des Pensionsversicherungsgesetzes (italienisch/deutsch)

Fünf Jahre nach der Verabschiedung des Pensionsversicherungsgesetzes für die Privatangestellten meldete De Gasperi in einer parlamentarischen Anfrage grundlegenden Reformbedarf an.

Abgeordnetenhaus, XXI. Sesson, 4112/J

#### 6.12

De Gasperis Wahl in den Tiroler Landtag

Zusätzlich zu seiner Mitgliedschaft im Abgeordnetenhaus wurde Aleide De Gasperi im Frühjahr 1914 auch in den Tiroler Landtag gewählt; in seinem Wahlkreis in der allgemeinen Wählerkurie erreichte er mit 3597 von 4495 gültigen Stimmen ein noch beeindruckenderes Wahlergebnis als bei der Reichsratswahl 1911.

Stenographischer Bericht des Landtages für die gefürstete Grafschaft Tirol, XL Landtagsperiode, 1. Session, 1. Sitzung, 25. Mai 1914, S. 11



## Tafel 7 - Aleide De Gasperis Tätigkeit im Abgeordnetenhaus der XXII. Session

Als der Weltkrieg ausbrach, tagte in Wien kein Parlament; auf die Vertagung war, gleichzeitig mit der Mobilmachung, die Schließung der Session gefolgt. Als Stürgkhs „Kriegsabsolutismus“ immer mehr Widerstand hervorrief, wurden auch die Forderungen nach Wiedereinberufung des Reichsrates lauter, doch erst Kaiser Karl berief mit seinem Patent vom 26. April 1917 den Reichsrat für den 30. Mai 1917 wieder ein. Etliche der Abgeordneten waren gestorben, einige im Krieg gefallen, anderen wurden nach Verurteilung durch ein Militärgericht oder deswegen, weil sie ins Ausland gegangen waren, ihre Mandate aberkannt. Ergänzungswahlen fanden nicht mehr statt, und da auch an Neuwahlen nach Ablauf der sechsjährigen Wahlperiode inmitten des Kriegsgeschehens nicht zu denken war, verlängerte das Abgeordnetenhaus die Wahlperiode seiner verbliebenen Mitglieder bis Jahresende 1918. Hatte sich auch die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses nicht signifikant verändert, so doch die Stimmung: Unter dem Eindruck der Kriegsergebnisse war die Neigung zu obstruktivem Taktieren geschwunden. Viele Mitglieder des Hauses dachten über eine Staatsreform nach, andere hielten den Staat bereits für gescheitert; im Laufe des Jahres 1918 verschoben sich die Gewichte immer mehr zur letzteren Gruppe. Die italienischen Abgeordneten, die Friulaner ausgenommen, standen bereits geschlossen in Opposition, zu groß war die Erbitterung über die Deportation der italienischen Bevölkerung aus ihren Wohnorten im Fronthinterland und ihre Verdächtigung als „politisch unzuverlässig“. Auch für De Gasperi war diese Erfahrung prägend gewesen, ebenso wie die politische Herausforderung, mit der er sich konfrontiert sah: das Los der Evakuierten und Kriegsflüchtlinge zu lindern.

### 7.1

#### Präsident Dr. Groß spricht vor dem Abgeordnetenhaus

In der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses der XXII. Session wurde Gustav Groß zum Präsidenten des Hauses gewählt.



## 7.2

Parlamentarische Aktivitäten Aleide De Gasperis in den Jahren 1917-1918

Der Index zu den Stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses der XXII. Session dokumentiert Aleide De Gasperis parlamentarisches Wirken.

Index zu den Stenographischen Protokollen des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates. (12. Wahlperiode.) XXII. Session. (Letzte Session des Reichsrates.) 30. Mai 1917 bis 12. November 1918, S. 97 - 98

## 7.3

Anfrage De Gasperis an die Regierung betr. die Verfolgung von als „Politisch Verdächtigen“ bezeichneten Personen

Bereits eine Woche nach Eröffnung der Session protestierte De Gasperi in einer parlamentarischen Anfrage gegen die Unterstellung politischer Unzuverlässigkeit, der sich viele Trentiner, namentlich auch De Gasperis Mentor und Freund Fürstbischof Endrici, ausgesetzt sahen.

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, 75/J, S. 393, 396

## 7.4

Rede De Gasperis in der Verhandlung über das Finanzgesetz für 1917/1918, den Staatsvoranschlag für 1. November 1917 bis 30. April 1918 und den Zentralrechnungsabschluß für 1914/1915

Seine Rede in der ersten Lesung der Finanzvorlagen für 1917/18 am 28. September 1917 nützte De Gasperi für eine Abrechnung mit ungerechtfertigten Zwangsmaßnahmen des „Kriegsabsolutismus“.

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, Stenographisches Protokoll der 25. Sitzung vom 28. September

1917, S. 1325,1329

## 7.5

Übereifrige Zensoren verhinderten sogar das Erscheinen von Zeitungsberichten über De Gasperis Parlamentsreden.

### 7.5.1

#### Zensurweisung

Kriegsarchiv, KÜA MK/KM 1231

### 7.5.2

#### Gänzliche Inhibierung der Reden des Abg. Degasperis im Lavoratore

Kriegsarchiv, KÜA MK/KM 2441

## 7.6

#### Anfrage De Gasperis an die Regierung betr. die Enthebung des Abgeordneten Dr. Conci von der Stelle des ersten Landeshauptmannstellvertreters von Tirol

Nachdem der Klubobmann der Italienischen Volkspartei, Enrico Conci, wegen seines Auftretens bei der Feier des 50jährigen Bestandes des tschechischen Nationaltheaters in Prag durch Enthebung von seiner Funktion als Tiroler Landeshauptmannstellvertreter gemäßregelt worden war, fand De Gasperi in einer parlamentarischen Anfrage scharfe Worte des Protests.

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, 2858/J

## 7.7

#### Rede De Gasperis in der Verhandlung über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek und über die Anträge betr. die Friedensfrage

Als Ministerpräsident Baron Hussarek unter dem Eindruck der sich anbahnenden militärischen Niederlage in einer Regierungserklärung am 1. Oktober 1918 auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Bezug nahm, kam dies zu spät, um das Vertrauen der Abgeordneten wiederherzustellen, die mit dem alten Österreich bereits abgeschlossen hatten; in seiner großen Rede am 4. Oktober brachte Aleide De Gasperi das deutlich zum Ausdruck.

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, Stenographisches Protokoll der 87. Sitzung vom 4. Oktober 1918, S. 4427, 4430-4431

## 7.8

### Die letzte Wortmeldung De Gasperis im österreichischen Nationalrat:

Zur Begründung einer dringlichen Anfrage, in welcher er auf einen neuerlichen Skandal der den Italienern gegenüber so misstrauischen Innsbrucker Militärjustiz hinwies, ergriff De Gasperi am 11. Oktober 1918 zum letzten Mal im Abgeordnetenhaus das Wort.

Dringliche Anfrage De Gasperis an die Regierung betr. den in Innsbruck anhängigen Militärprozeß gegen die Italiener, Abgeordnetenhaus, XXII. Session, Stenographisches Protokoll der 91. Sitzung vom 11. Oktober 1918, S. 4625, 4626

## 7.9

### Das Ende des österreichischen Reichsrates

Als das Abgeordnetenhaus am 12. November 1918 zu einer kurzen letzten Sitzung zusammentrat, an welcher nur noch wenig mehr als 60 Abgeordnete teilnahmen, weilte Aleide De Gasperi bereits in Rom.

Das interessante Blatt, Nr. 47, 21. November 1918, S. 2 - Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### Tafel 8 - Aleide de Gasperi und die Trentiner Kriegsflüchtlinge

Noch mehr als vorangegangene Kriege haben jene des 20. Jahrhunderts auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Nachdem bereits die ersten russischen Großoffensiven hunderttausende Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina in die inneren Länder der Monarchie getrieben hatten, löste der Kriegseintritt Italiens am 23. Mai 1915 eine neue Welle der Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat aus: Diesmal waren es freilich die österreichischen Behörden, welche die italienische Bevölkerung des Trentino und des Küstenlandes dazu aufforderten, sich ins Landesinnere zu begeben, weil sie das Hinterland der Front von ihr freimachen wollten. So war zwischen Flüchtlingen im engeren Sinn, die der Krieg, und Evakuierten oder richtiger Deportierten, die der Staat dazu zwang, Haus und Hof zu verlassen, zu unterscheiden. Mittellose Flüchtlinge wurden zum Teil in großen Barackenlagern zusammengefasst, die übrigen und die bemittelten Flüchtlinge auf viele Gemeinden aufgeteilt. Insgesamt dürfte die Zahl der Flüchtlinge um die Mitte des Jahres 1915 rund eine Million betragen haben, darunter rund 600.000 unbemittelte und 400.000 bemittelte Flüchtlinge. Genaue Zahlen sind, auch aufgrund mangelhafter Organisation des Flüchtlingswesens, nicht zu ermitteln. Die Zahl der italienischen Kriegsflüchtlinge gibt Aleide De Gasperi mit rund 122.000 an. Jene aus dem Trentino waren in den Flüchtlingslagern Mitterndorf an der Fischa und Braunau am Inn, jene aus dem Küstenland in den Lagern Wagner und Pottendorf konzentriert. Daneben wurden, für politisch in besonderem Maße verdächtig Scheinende, polizeilich überwachte Konfinierungs- und Internierungslager eingerichtet, wie jenes in Katzenau bei Linz. Die erbarmungswürdigen Zustände in diesen Lagern veranlassten De Gasperi schon bald, einen Großteil seiner Arbeitskraft der Flüchtlingsfürsorge zuzuwenden; unter anderem wirkte er als Mitglied des Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus dem Süden, das unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Baron Beck stand, und nach Wiedereinberufung des Reichsrates als Mitglied von dessen Flüchtlingsausschuss.

## 8.1

### Handschriftliche Aufzeichnungen De Gasperis

In seinen Notizen hielt Aleide De Gasperi seine Eindrücke von einem Besuch des Flüchtlingslagers Pottendorf im Juli 1915 fest.

Aufzeichnungen De Gasperis über die Internierungs- und Konzentrationslager, 1915, AMRDG

## 8.2

### Lebensmittelrationen für die Flüchtlinge (*Normalspeiseplan*)

Karg waren die Lebensmittelrationen für die Flüchtlinge, und dennoch schlug ihnen allzu oft der Neid der ebenfalls hungernden Einheimischen entgegen.

## 8.3

### De Gasperis Rede in der Verhandlung über die Flüchtlingsfürsorge

In seiner Debattenrede zur gesetzlichen Neuregelung der staatlichen Flüchtlingsfürsorge, die eine rechtliche und materielle Besserstellung der Flüchtlinge bringen sollte, übte De Gasperi am 12. Juli 1917 im Abgeordnetenhaus scharfe Kritik an grundlegenden Fehlern in der Behandlung der Flüchtlinge, äußerte aber auch Anerkennung für das von ihm wahrgenommene Engagement von Verwaltungsbeamten und privaten Initiativen.

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, Stenographisches Protokoll der 18. Sitzung am 12. Juli 1917, S. 915-916

## 8.4

Die Vorfälle im Flüchtlingslager Wagna am 4. Oktober 1917, in deren Verlauf ein Gendarm einen Elfjährigen erschoss, wurden zum Fanal, lenkten die Aufmerksamkeit auch der Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in den Lagern; De Gasperi, der an einem Lokalausweis von Mitgliedern des Flüchtlingsausschusses in Wagna teilgenommen hatte, erstattete dem Abgeordnetenhaus darüber Bericht.

#### 8.4.1

##### De Gasperi als Verfasser des Berichtes des Flüchtlingsausschusses über die Vorfälle in Wagna

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, 650 d.B., S. 1 -2

#### 8.4.2

##### De Gasperi als Berichterstatter in der Verhandlung über die Vorfälle in Wagna

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, Stenographisches Protokoll der 29. Sitzung am 29. Oktober 1917, S. 1482

#### 8.5

##### Anfrage De Gasperis an die Regierung betr. die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages an Flüchtlinge

In einer parlamentarischen Anfrage monierte De Gasperi die Auszahlung der den Flüchtlingen gebührenden Unterhaltsbeiträge.

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, 1382/J

#### 8.6

Bis Kriegsende setzte sich De Gasperi für die Flüchtlinge ein; im Oktober 1918 nahm der Flüchtlingsausschuss des Abgeordnetenhauses seinen Antrag über die Erhöhung des Bargeldzuschusses für Kriegsflüchtlinge an, einer Beschlussfassung durch das Plenum kam das Kriegsende zuvor.

#### 8.6.1

##### Antrag De Gasperis betr. die Erhöhung des Bargeldzuschusses für Kriegsflüchtlinge

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, 1163 d.B.

## 8.6.2

### Protokoll des Flüchtlingsausschusses vom 3. Oktober 1918

Parlamentsarchiv

## 8.6.3

### De Gasperi als Verfasser des Berichtes des Flüchtlingsausschusses betr. die Erhöhung des Bargeldzuschusses für Kriegsflüchtlinge

Abgeordnetenhaus, XXII. Session, 1210 d.B.

## 8.7

### Flüchtlingstransport in Leibnitz

In der „Perlustrierungsstation“ in Leibnitz wurden die in Viehwaggons herangeführten Flüchtlinge erfasst und auf die Lager und Flüchtlingsgemeinden aufgeteilt.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

## 8.8

Impressionen aus dem Flüchtlingslager Mitterndorf an der Fischa

### 8.8.1

#### Flüchtlingslager in Mitterndorf an der Fischa - Barackenbau

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 8.8.2

#### Flüchtlingslager in Mitterndorf an der Fischa - Füllen der Strohsäcke

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

8.8.3

Flüchtlingslager in Mitterndorf an der Fischa - Wäscherinnen bei der Arbeit im Freien

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

8.8.4

Flüchtlingslager in Mitterndorf an der Fischa - Polentakochen im Freien

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

8.8.5

Flüchtlingslager in Mitterndorf an der Fischa - Kinderspital

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

8.9

Impressionen aus dem Flüchtlingslager Braunau am Inn

8.9.1

Flüchtlingslager in Braunau am Inn - Kleiderverteilung

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

8.9.2

Flüchtlingslager in Braunau am Inn - Siechenheim

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

8.9.3

Flüchtlingslager in Braunau am Inn - Barackenfluchten

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek



## 8.10

Impressionen aus dem Flüchtlingslager Pottendorf/Landegg

### 8.10.1

Flüchtlingslager in Landegg - Kartoffelschälerinnen

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 8.10.2

Flüchtlingslager in Landegg - Inneres einer „Intelligenzbaracke“

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

### 8.10.3

Flüchtlingslager in Landegg - Inneres einer Flüchtlingsbaracke  
Leben auf engem Raum

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

## Tafel 9 - Aleide De Gasperi und das Ende der Österreichisch-ungarischen Monarchie

Wann ist Aleide De Gasperi vom überzeugten Trentiner Autonomisten zum Irredentisten geworden? Die Zeugnisse sprechen dafür, dass er zu Beginn des Weltkrieges, ungeachtet seiner Begeisterung für die italienische Kultur, loyal zum Vielvölkerstaat der Österreichisch-ungarischen Monarchie gestanden ist. Allein bereits durch die Geheimverhandlungen mit Italien, in denen Österreich-Ungarn als Preis für die Beibehaltung der italienischen Neutralität eine Abtretung des Trentino angeboten hatte, dürfte diese seine Loyalität auf eine schwere Probe gestellt worden sein. Der Umgang mit der italienischen Bevölkerung nach dem Kriegseintritt Italiens, ihre pauschale Verdächtigung und Deportation, hat sie schließlich bleibend untergraben. De Gasperis parlamentarische Wortmeldungen nach der Wiedereinberufung des Reichsrates lassen mit zunehmender Deutlichkeit erkennen, dass er seinen inneren Abschied vom alten Österreich bereits genommen hatte. Als die militärische Niederlage absehbar war und Kaiser Karl in seinem „Völkermanifest“ vom 16. Oktober 1918 zur Bildung von Nationalräten aus den Reichsratsabgeordneten der verschiedenen Nationalitäten aufrief, die am Umbau Österreichs in einen Bundesstaat mitwirken sollten, bildeten die italienischen Abgeordneten unter dem Vorsitz von Enrico Conci zwar einen „Fascio Nazionale Italiano“, der sich jedoch nicht als Nationalrat im Sinne des Manifests verstand, sondern seine Aufgabe darin sah, den Anschluss der italienischen Gebiete der Monarchie an das Königreich Italien vorzubereiten. Als jüngster italienischer Abgeordneter zum Sekretär dieses „Fascio Nazionale“ berufen, reiste De Gasperi zusammen mit Conci und Malfatti in die neutrale Schweiz und von dort weiter nach Rom, wo sie am Abend des 6. November 1918 eintrafen. Ein neuer Abschnitt seines Lebens hatte begonnen.

### **9.1**

Bericht des Abg. Degasperi an den Statthalter in Innsbruck über seine Informationsreise in Italien

In den ersten Kriegsmonaten, als sich De Gasperis kurzfristige Erwartung eines Kriegseintritts Italiens an der Seite der Dreibundpartner nicht erfüllt hatte, er jedoch zumindest auf Beibehaltung der italienischen Neutralität hoffte, unternahm er zwei Informationsreisen in das Königreich und gab Empfehlungen für eine Beeinflussung der italienischen öffentlichen Meinung zugunsten Österreich-Ungarns.

Kriegsarchiv, KÜA 3180

## 9.2

### Aus den Papieren des Generalstabschefs

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Rom, Baron Macchio, erlebte De Gasperi als loyalen Österreicher.

Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906-1918, Wien-Leipzig-München 1925, S. 112-113

## 9.3

### Aus den Erinnerungen von Friedrich Funder

Der gut informierte Herausgeber der „Reichspost“, Friedrich Funder, setzte, wie er 40 Jahre später in einem Brief an Giulio Andreotti bestätigte, De Gasperi im Spätherbst 1914 erstmals von den Überlegungen der Regierung in Kenntnis, das Trentino an Italien abzutreten.

Allgemeines Verwaltungsarchiv, Nachlass Funder (E/1781/50-72), fol. 293-294

## 9.4

### Das Angebot einer Abtretung des Trentino

Am 27. März 1915 bot der österreichisch-ungarische Außenminister Baron Burián dem italienischen Botschafter in Wien offiziell die Abtretung des Trentino als Gegenleistung für die Beibehaltung einer wohlwollenden Neutralität durch Italien bis Kriegsende an; durch das nach der italienischen Kriegserklärung publizierte Rotbuch

wurde dieses Angebot öffentlich bekannt.

Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915 (Wien 1915), S. 120-121

## 9.5

Wie viele andere Trentiner Politiker und Funktionäre wurde auch De Gasperi im Auftrag des Kriegsüberwachungsamtes laufend beobachtet und lange Zeit von der Heimat ferngehalten; auf dem Höhepunkt des „Kriegsabsolutismus“, im Jahre 1916, ordnete das Armeeoberkommando sogar an, ihn in Wien zu konfinieren und seine Korrespondenz mit Fürstbischof Endrici und seinem Abgeordnetenkollegen Guido de Gentili zu unterbinden.

### 9.5.1

#### Berichte über den Abg. Dr. Aleide Degasperis

Kriegsarchiv, KÜA 65205

### 9.5.2

Beauftragung des Kriegsüberwachungsamtes, die Konfinierung Degasperis und Don Gentilis aus Gründen ihrer politischen Unzuverlässigkeit an getrennten Orten sowie die Unterbindung ihrer Korrespondenz unter einander und mit Bischof Endrici zu veranlassen, Juni 1916

Kriegsarchiv, KÜA 75012

## 9.6

#### Das Völkermanifest

Das „Völkermanifest“ Kaiser Karls vom 16. Oktober 1916 zielte auf einen bundesstaatlichen Umbau Österreichs, kam jedoch zu spät und war allein schon durch die ungarische Reservatklausele, die seine Geltung auf die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder beschränkte, von vornherein zum Scheitern

verurteilt.

Wiener Zeitung, Extra-Ausgabe, 17. Oktober 1918

9.7

Die Vorsitzenden der den österreichischen Staatenbund ablehnenden Nationalräte:  
Korošec - Kramärf- Conci

Abgeordnete der Tschechen, Südslawen und Italiener bildeten im Oktober 1918 zwar „Nationalräte“, jedoch allein mit dem Ziel, der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ihrer jeweiligen Volksgruppe, für sie verbunden mit der Loslösung von Österreich, einen organisatorischen Rahmen zu verleihen.

Das interessante Blatt, Nr. 44, 31. Oktober 1918, S. 8 - Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

**9.8**

Passierschein nach Italien für Degasperi

Über die Schweiz reiste die Delegation des „Fascio Nazionale Italiano“ nach Italien; der italienische Gesandte in Bern stellte ihren Mitgliedern am 4. November 1911 Passierscheine aus.

AMRDG

9.9

Meldezettel - Abreise am 5.2.1919

Auch inmitten revolutionärer Umwälzungen waren korrekte Formen zu wahren: mit der polizeilichen Abmeldung aus Wien am 5. Februar 1919 ging der österreichische Lebensabschnitt Aleide De Gasperis auch amtlich zu Ende.

Meldearchiv der Stadt Wien

### **Tafel 10 - Aleide De Gasperis weiterer Lebensweg**

Hatte sich De Gasperis politische Arena auch geändert, so schloss doch seine politische Tätigkeit in Italien in vielem dort an, wo sie in Österreich geendet hatte: Sein Partito Popolare Trentino vereinigte sich 1919 mit Luigi Sturzos Partito Popolare Italiano, für den De Gasperi nach der formellen Eingliederung des Trentino in den Staatsverband ab 1921 ein Abgeordnetenmandat ausübte; er wurde zum Klubobmann, 1924 zum Parteisekretär gewählt. Als Publizist knüpfte er bereits im November 1918 an sein 1915 eingestelltes Blatt „Il Trentino“ an, das er nun unter der Bezeichnung „Il Nuovo Trentino“ herausgab. Und hatte er zuvor den Kampf um die Autonomie des Trentino gegen Wien geführt, so nun gegen Rom. Der Faschismus freilich unterbrach sein politisches und publizistisches Wirken sehr viel radikaler, als es der österreichische „Kriegsabsolutismus“ getan hatte: 1926 wurde sein Abgeordnetenmandat für verfallen erklärt, seine Zeitung verboten, und der Zentralismus setzte sich unter faschistischen Vorzeichen durch. Nach vorübergehender Inhaftierung konnte De Gasperi die Jahre bis 1943 als Mitarbeiter der Vatikanischen Bibliothek überdauern. Noch im Untergrund begann er, die Democrazia Cristiana als katholische Sammlungspartei aufzubauen. 1944 wurde er Außenminister, am 10. Dezember 1945 erster christdemokratischer Ministerpräsident Italiens, das er zurück zur parlamentarischen Demokratie, zum Friedensvertrag, zu wirtschaftlichem Wiederaufstieg und in die beginnende europäische Integration führte. Die Funktion des Ministerpräsidenten hatte er, an der Spitze von insgesamt acht Kabinetten, bis zum 17. August 1953 inne. Sein letztes Lebensjahr widmete er wieder der Parteiarbeit, vor allem aber seiner europäischen Vision: Im Mai 1954 wurde er zum Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung der EGKS gewählt. Seine schon im altösterreichischen Parlament gesammelte Erfahrung mit den Herausforderungen multinationaler Politik hatte ihn wie keinen anderen für die neue europäische Politik prädestiniert; allein der Tod entriss ihn seiner neuen Aufgabe. Inmitten seiner geliebten Trentiner Berge, in Borgo Valsugana, wohin er sich aus gesundheitlichen Gründen zurückgezogen hatte, starb Aleide De Gasperi am 19. August 1954.

## 10.1

### Aula von Montecitorio, Bereich des Partito Popolare

Die Camera dei Deputati, bald De Gasperis neue politische Wirkungsstätte.

Istituto per la Storia della Democrazia Repubblicana, Tarquinia (Viterbo)

## 10.2

### Aleide De Gasperi (links) mit Luigi Sturzo (rechts)

Archivio Storico dell'Istituto Luigi Sturzo, Rom

## 10.3

### Der letzte Kongress des Partito Popolare Italiano

Archivio Storico dell'Istituto Luigi Sturzo, Rom

## 10.4

### Inhaftiert

De Gasperi mit einem Carabinieri als Häftling in der Klinik Ciancarelli in Rom.

Photo 1927, AMRDG

## 10.5

### Mailand, 4. November 1945

Wieder in der Öffentlichkeit: am 4. November 1945 gedenkt De Gasperi des 4. November 1918

L'Illustrazione Italiana, 11. November 1945

## 10.6

### De Gasperi bei Beratungen mit den Ministern

## 10.7

De Gasperi spricht auf der *Piazza del Duomo* zu den Einwohnern Mailands, Mai 1946

## 10.8

Alcide De Gasperi vorder Italienischen Botschaft in Paris, 7. August 1946

Als Ministerpräsident führte De Gasperi in seinem ersten Kabinett und in den ersten Monaten seines zweiten Kabinetts auch das Außenministerium und vertrat Italien auf der Pariser Friedenskonferenz.

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

## 10.9

Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Gruber im Bild mit Aleide De Gasperi

Nachdem der alliierte Außenministerrat bereits am 14. September 1945 grundsätzlich für den Verbleib Südtirols bei Italien entschieden und am 24. Juni 1946 auch die „Pustertallösung“ abgelehnt hatte, verhandelte der österreichische Außenminister Karl Gruber seit 21. August 1946 am Rande der Pariser Friedenskonferenz bilateral über ein Autonomieabkommen.

## 10.10

Das Gruber-De Gasperi-Abkommen

Das sogenannte Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 wurde als Anlage dem Friedensvertrag mit Italien beigefügt; die Ausdehnung der darin vorgesehenen Autonomie auf das ganze Trentino verhalf zwar einerseits diesem zu der von De Gasperi schon seit jeher angestrebten Autonomie, verhinderte aber andererseits für Jahrzehnte eine Beilegung des Südtirolkonflikts.



## 10.11

### Bericht der Parlamentskorrespondenz über die Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten am 1. Oktober 1946

Als Außenminister Gruber das Gruber-De Gasperi-Abkommen am 1. Oktober 1946 dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates vorlegte, war bereits deutlich, dass das Abkommen noch mancher Interpretation bedürfen würde.

Parlamentsarchiv

## 10.12

De Gasperis letzter Wahlkampf: Heroisierung vs. Diabolisierung

### 10.12.1

#### „Eine Gefahr für die Demokratie“

Plakat der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI),

Zentrales Staatsarchiv Rom, Politische Wahlplakate 1946-1958, B.2 Kap.1

### 10.12.2

#### "Ohne Galgen und ohne Diktatur"

Plakat der Democrazia Cristiana,

Institut für die Geschichte der republikanischen Demokratie, Tarquinia (Viterbo)

Plakate der Democrazia Cristiana, B. 4, Kap.IV

## 10.13

Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman: drei „Gründerväter“ Europas, sie alle dem Einzugsbereich der deutsch-romanischen Sprachgrenze entstammend

10.14

De Gasperi in der Präsidentschaft der EGKS-Versammlung 10. Mai 1954

Aleide De Gasperi im Präsidium der Gemeinsamen Versammlung der EGKS

Photo 1954, AMRDG

**Die Parlamentsdirektion bedankt sich bei folgenden Personen und Institutionen für die Zusammenarbeit:**

- **Prof. Dr. Renato Cristin**

**Tom Eichstädter**

- **Dr. Maddalena Guiotto**

- **Mag. Heidi Jasser**

- **Herbert Koch**

**Mag. Bernhard Kollmann**

**Dr. Paolo Magagnotti**

**Dr. Kurt Mühlberger**

**Karl Rossa**

**Mag. Maria Seissl**

**Dr. Armando Tarullo**

**Dr. Christoph Tepperberg**

**Archiv der Universität Wien**

**Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek**

**Fondazione Aleide De Gasperi**

**Italienisches Kulturinstitut Berlin**

**Meldearchiv der Stadt Wien**

**Österreichisches Staatsarchiv**

**Universitätsbibliothek Wien**

**Wienmuseum Karlsplatz**

Die Ausstellung wurde in besonderer Weise gefördert von der Firma

**autostrade** // *spa*

**Impressum:**

**Medieninhaber (Verleger):** Parlamentsdirektion

**Hersteller:** Hausdruckerei der Parlamentsdirektion

**Ausstellungs- und Kataloggestaltung:** Dr. Günther Schefbeck, Dr. Martha Giefing,  
Johann Achter

**Titelbildgestaltung:** Bernhard Kollmann Design

**ISBN 3-901991-09-3**

